

Volksstimme

Einzelpreis 40 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Kahl, Magdeburg. — Verantwortliche für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 111. — Für Inserate 1867, für den Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 21.00 Mark, monatlich 7.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag mit den Ausgabestellen Vierteljährlich 19.50 Mark, monatlich 6.50 Mark. Bei den Postanstalten Viertelj., 21.90 Mark, monatlich 7.30 Mark. — Anzeigengebühren: die gespaltene Spaltenbreite 1.25 Mk. in Restamertell Seite 4.00 Mk., Restamertell Seite 1.00 Mk. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nummer 122 Magdeburg.

Nr. 238.

Magdeburg, Dienstag den 11. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

Die schwankenden Gestalten.

Das Briefschreiben von Partei zu Partei hat ein vorläufiges Ende erreicht. Die Sozialdemokratische Partei hat noch einmal an die Unabhängigen sich gewendet und die haben — ängstlich und hänglich wie sie sich überhaupt seit einiger Zeit verhalten — einen Antwortbrief erandt, der ja und nein sagt.

Das Schreiben, welches der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei nach dem Einlauf der Antworten von Demokraten und Zentrum an die Unabhängigen richtete, hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der Demokratischen und der Zentrumsparlei geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der „Freiheit“ Nr. 487 vom 8. Oktober 1921 bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien ersehen.

Der Vorstand der S. P. D. hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es seinerseits ablehnen. Ihre Partei, insbesondere wegen Ihrer Haltung zu den politischen Problemen der Vergangenheit, wie das in dem Schreiben des Herrn Koch gewünscht wird, zu examinieren.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll zu wissen, ob die U. S. P. D., die seit Annahme des Londoner Ultimatum die Regierung Wirth in der lokalen Erfüllung des Ultimatum und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt hat, bereit ist, vorbehaltlich der Festlegung des Regierungsprogramms im einzelnen in dieses Kabinett Wirth einzutreten. Unsere Partei legt auf den Eintritt der U. S. P. D. in das Kabinett Wirth den größten Wert, weil dieses damit eine sichere parlamentarische Mehrheit erhält, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialistischem Gruß

J. A. Hermann Müller.

Am 8. Oktober richtete das Zentralkomitee der U. S. P. auf das vorstehende Schreiben folgende Antwort an den sozialdemokratischen Parteivorstand:

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 6. d. M. ist erst heute, also mit zehntägiger Verspätung, in unsere Hände gekommen.

Sie verweisen uns darin offiziell auf die bereits am Morgen des 6. Oktober veröffentlichten Antworten des Zentrums und der Demokraten.

Diese Antworten veranlaßten Ihr Zentralorgan, den „Vorwärts“, in seiner Morgenausgabe vom 6. Oktober zu dem folgenden:

Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der unabhängigen Reipublik ist zwar nettlich, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Geneigtheit der U. S. P. D. sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form zu versetzen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts erwünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 18. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine leere Geste war.

In Ihrem Schreiben zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten kommen Sie zu demselben Ergebnis.

Trotzdem wiederholen Sie die am 1. Oktober an uns gerichtete in unserer Antwort vom gleichen zurückgestellte Frage, ob unsere Partei bereit sei, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, hat Ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Wie wir bisher zu dem Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Galt die Regierung ihre Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen. So ist für eine parlamentarische Mehrheit in „der Steuerpolitik der nächsten Zukunft“ und in der „Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen“ sicher.

Mit sozialistischem Gruß

Das Zentralkomitee der U. S. P. J. A. Crispian.

Die „revolutionäre“ Unabhängige Partei ist also glücklich so weit, daß sie es nicht wagen kann, auf entscheidende Fragen mit einem für jeden Arbeiter ohne weiteres verständlichen

Ja oder Nein

zu antworten. Die Unabhängigen haben seit dem 6. Juni 1920 zwar eingesehen, daß die Koalitionspolitik der Sozial-

demokraten richtig ist, sie sehen heute ein, daß andre Politik gar nicht möglich ist, aber sie dürfen die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis nicht ziehen, weil sie ihren Anhängern Jahre hindurch die Sozialdemokraten als Berater dargestellt haben, die jene Politik irrtümlich, die heute die Unabhängigen als richtig erkennen.

Unter dem Zwange der Verhältnisse müssen die Unabhängigen noch viel mehr tun, als nur ein theoretisches Bekenntnis zur Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien abzulegen: sie unterstützen seit dem 10. Mai das bürgerlich-sozialdemokratische Kabinett Wirth, sie machen es durch diese Unterstützung überhaupt erst lebensfähig und erklären in dem oben wiedergegebenen Schreiben, daß sie dieses Kabinett

auch fernerhin unterstützen wollen.

Praktisch tragen die Unabhängigen für die Politik des Kabinetts Wirth die gleiche Verantwortung wie die Sozialdemokraten. Aus Angst vor den wilden Männern auf dem linken Flügel und ihren politisch unerzogenen Anhängern wagen die Unabhängigen aber nicht, das auch dem einfachen Arbeiter dadurch klarzumachen, daß sie in das Kabinett Wirth eintreten.

Mit dieser ängstlich-jämmerlichen Druidebergerei, mit dem Herumtreiben in den Kuffen ist aber — und das ist verderblich — eine

Schwächung des proletarischen Einflusses

verbunden. Das wird sehr bald klar werden, wenn die Steuergesetze zur Beratung stehen. Dann besteht die Möglichkeit, daß Verschlechterungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten und Verbesserungen für die Besitzenden durch ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden. Das alle Preußenparlament hat dieses Schauspiel mehr als einmal. Das konnte vermieden werden, wenn die Unabhängigen den Mut aufgebracht hätten, zu sagen: hier ist unser Programm, wer es anerkennt, mit dem sind wir bereit, eine Arbeitsgemeinschaft, das heißt eine Regierung zu bilden. Die Deutsche Volkspartei hatte es bereits abgelehnt, mit den Unabhängigen zu arbeiten. Demokraten und Zentrum konnten unter Umständen gezwungen werden, eine Verbreiterung der parlamentarischen Grundlage für das Kabinett Wirth nach links hinzunehmen, weil sie nach rechts nicht zu erreichen ist. Diese Zwangslage für Demokraten und Zentrum war zu schaffen, wenn die Unabhängigen sich entschlossen hätten, den in der sozialdemokratischen Presse (siehe „Volksstimme“ vom 28. September und „Vorwärts“ vom 29. September) gemachten Vorschlag der Bildung einer

parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

von Sozialdemokraten und Unabhängigen aufzugreifen. Das wäre der Anfang zur proletarischen Einigung gewesen. In der genannten unabhängigen Presse sind diese Vorschläge ohne Echo geblieben, während sie in der sozialdemokratischen Presse allgemein zustimmend gikert wurden.

Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit“, hat davon nicht einmal Notiz genommen, wie sie überhaupt jede klare Stellungnahme zu den aufgeworfenen Problemen vermiehd und die kleinen Klaffer im Rande gewähren ließ, die ihre Aufgabe darin sahen, den Unfall ihrer Partei durch wütendes Schimpfen auf die Sozialdemokratie zu verfeinern.

Die durch die Görlicher Beschlüsse aufgezeigten Möglichkeiten, zu einer Stärkung des proletarischen Einflusses in der Reichsregierung zu kommen und wie es in der Resolution zur Einigungsfrage ausgedrückt wird,

zur Einigung zu kommen,

sind wieder einmal durch die Unabhängigen veräumt worden. Der Hinweis der Unabhängigen auf die bösen Demokraten und Zentrumsleute, die von einer Reiberei mit den Schwächern durch einen Mittler antragenden Unabhängigen nichts wissen wollen, sind mehr als jämmerlich. Nur durch ganz energisches Auftreten, durch klärendes Hören an den Würen zur Macht, durch ungestümen Arbeitswillen und Kampfesfreier für die proletarischen Interessen sind die bürgerlichen Parteien zur Aufgabe von Machtpositionen zu bewegen. Aber dazu fehlt den schwankenden Gestalten, die zurzeit die Unabhängige Partei führen, die innere Kraft, der wahrhaft revolutionäre Mut. Sie können nur schimpfen und schmälen in der Ecke stehen.

Käuferpanik in Aachen.

Aus Wien brachten wir vor einigen Tagen die Meldung, daß sich infolge des katastrophalen Sinkens der österreichischen Krone der Käufer eine wilde Panik bemächtigt habe. Alles kauft, da jeder die Furcht hegt, daß nach einigen Tagen sein ganzer Kronenlappenort gar keinen Wert mehr hat und ihm nicht die geringsten Sachgüter mehr eintragen kann. Vom Land eilen die Bauern in die Stadt und kaufen, kaufen, kaufen. Viele Geschäfte haben schon geschlossen, weil die Inhaber glauben, nach einigen Tagen noch weit mehr ergattern zu können. Andre Ladenbesitzer nehmen österreichisches Geld überhaupt nicht mehr in Zahlung; sie verlangen ausländische Geldsorten aus Ländern mit hoher Valuta.

Wir haben diesen Meldungen die Bemerkung hinzugefügt, daß sich ähnliche Erscheinungen auch in Deutschland zeigen würden, wenn die Mark weiter sinken würde.

Die Mark hat sich in den letzten beiden Tagen einigermaßen gehalten. Sie wird in der Schweiz, in Holland, in den skandinavischen Ländern, in England und Amerika mit 3 bis 4 Pfennig gewertet. Gleichwohl können wir auch schon von einer Käuferpanik in Deutschland berichten. In Aachen, hart an der belgischen Grenze, wiederholt sich, was in Wien begonnen hat. Nur daß es noch nicht Deutsche sind, die sich von der Angst treiben lassen, sondern Ausländer, die zu erraffen suchen, was sich kaufen läßt.

In Aachen wird nämlich gemeldet:

Die Stadt steht seit einigen Tagen im Zeichen des wilden Valutaanverkaufs. Die Einkäufe der Belgier und Holländer haben ganz ungewöhnliche Formen angenommen, welche die Bevölkerung stark zu beunruhigen beginnen, da sie sich nicht etwa nur auf Luxusgegenstände, wie Klaviers, Schmuckstücke, Spielzeug, Lebermarren usw. beschränken, sondern ebenso stark auch auf die wichtigsten Bedarfsartikel ausdehnen. Es sind selbst lebensnotwendige Waren, wie Haushaltsgegenstände, Kinderbetten, Kinderwagen, sogar gewisse Baumaterialien, wie Fensterrahmen u. a. ausverkauft. Vor vielen Geschäften stehen die großen Lastautos belgischer oder holländischer Expeditionsfirmen, die mit Artikeln aller Art beladen werden. Überall in den Hauptverkehrsstraßen begegnet man Ausländern, die mit Paketen schwer beladen sind, ja zu zweien oder dreien große Gegenstände wie Möbelstücke, Badematten, Teppiche und dergleichen fortzuschleppen. In vielen Läden sind fast nur ausländische Waare zu hören. Die Preise steigen täglich.

Ein Gegenstück aus Wien, das vor einigen Wochen sich abgepflegt hat:

Es war in der Mariahilfer Straße. In einem Schuhwarengeschäft. Zur selben Stunde, zwischen elf und eins, fiel wieder einmal die Krone. Noch bekam man in Mariahilf achtzehnhundert Kronen, während am Schottenturm schon um dreihundert mehr für den Dollar bezahlt wurden.

„Wieviel kosten der Schuhe?“ fragte der Herr aus Indiana-polis, Indiana, U. S. A. (Vereinigte Staaten von Nordamerika.)

„Dreitausend.“

Da merkte Herr U. S. A. Unhörbar. Mit den Knuglein.

„Wieviel Sie haben von dieser Schuhe, wieviel Paar?“

„Ungefähr fünfzig.“

„Ich kaufe fünfzig.“

„Nein,“ sagte der Mann, „was glauben Sie denn? Die Wiener brauchen doch auch Schuhe. Zwei Paar können Sie haben.“

U. S. A. lächelte geringschätzig, erlegte drei Dollar für zwei Paar hübsche, gute Schuhe und bedeutete mit einer gütigsten Gebärde, daß der Rest der Verkäuferin als Trinkgeld zugebacht sei, die aus Ehrfurcht vor den auf dem Tisch liegenden drei Dollar der Ohnmacht nahe war.

In Wien hat ein Schuhwarenhändler nicht alles hergegeben. Vor einigen Wochen. In den letzten Tagen wird er sich vielleicht auch eines andern besonnen haben. In Aachen werden die Läden geleert. Von Belgien und Holländern, die 3 Pfennig zahlen, wo wir 1 Mark erlegen müssen, die also alles spottbillig erwerben.

Das Gegenstück: in Belgien und Holland, in Skandinavien und England herrscht schlechter Geschäftsgang und eine ständig steigende Arbeitslosigkeit. Denn die Rundschaft wird mit den billigen deutschen Waren versorgt, mit denen die englische Industrie infolge des niedrigen Marktkurses nicht konkurrieren kann. Diese Folgen zwingen die Regierungen der valutaarken Länder zu dem Versuch, Verbesserungen gegen den das eigne Land schädigenden Ausverkauf Deutschlands zu treffen. Sollen sie Erfolg haben, so kann nur international vorgegangen werden. Diese Einsicht bricht sich überall langsam Bahn. Geht man an die Verwirklichung der Pläne, die hier und da schon aufstauen, so muß als erstes Hindernis das Versailler Friedensdiktat abgebaut werden. Die deutsche Mark sinkt ständig, weil die

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 238.

Magdeburg, Dienstag den 11. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

An die Partei!

Der Parteitag in Görlitz liegt hinter uns. Er war eine Feierschau über die stärkste und innerlich geschlossenste Partei der Welt. Es war ein Parteitag harter, fruchtbringender Arbeit im Dienste des Proletariats. Wenn seine Ergebnisse heute noch im Urteil der Partei umstritten sind, so liegt das an den Schwierigkeiten der von ihm behandelten Probleme, die aus den veränderten sozialen und politischen Lebensbedingungen unserer Zeit erwachsen. Klar ist jedoch dies eine, daß der entschlossene Wille, errungene Machtpositionen zu verteidigen und zu erweitern, den Parteitag beherrschte. Alle seine Beschlüsse dienen nur diesem Zweck.

Dem Parteitag zu Görlitz ist es gelungen, der Partei ein neues Programm

zu geben, das einen jahrzehntelangen Streit der Geister abschließt und den Kämpfen der Gegenwart Wege und Ziele weist. Schon dadurch allein wird der Parteitag von Görlitz als der denkwürdigsten und fruchtbarsten einer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fortleben.

Das Görlitzer Programm bedeutet keine Abkehr von der großen Vergangenheit der Partei, sondern eine Führung über sie hinaus im Sinne einer dreißigjährigen Entwicklung, ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen. Die demokratische Republik ist nicht mehr erstrebtes Ziel, sondern gemonnenes Gut, das verteidigt und gefestigt werden muß.

Dem Sozialismus gilt der Kampf, der nur in langem schwerem Ringen mit geistigen Waffen gewonnen werden kann. Es gilt das Los des schaffenden Volkes zu erleichtern, das politisch befreit, aber durch den Krieg und seine Folgen wirtschaftlich zurückgeworfen ist.

Das Görlitzer Programm ist ein erneutes Bekenntnis zu den hohen Menschheitszielen des sozialistischen Befreiungskampfes. Der Parteivorstand betrachtet es als eine seiner vornehmsten Pflichten, ihm die weitestgehende Auswirkung auf die Massen zu verleihen, es zum geistigen Gemeingut des ganzen schaffenden Volkes zu machen. Dabei erwartet er die tatkräftige Unterstützung aller Parteigenosseninnen und Parteigenossen.

Durch seinen Beschluß zur Frage der Regierungsbildung hat der Parteitag dem Parteivorstand die Bewegungsfrei-

heit gegeben, deren er bedarf, um die Interessen der Partei und des arbeitenden Volkes nach allen Seiten hin nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung einer rein sozialistischen Regierung.

Koalitionspolitik treibt sie nur unter dem Zwange der Not, nicht einer der bürgerlichen Parteien zuliebe. Sie ist schon jetzt zur Teilnahme an der Regierung gezwungen, weil sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und zugleich die einzige Partei, die grundsätzlich und geschlossen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht.

Offen hat die Sozialdemokratie in Görlitz ihr Banner entrollt, offen hat sie den politischen Gegnern gesagt, was sie in Zukunft zu tun gedenkt. Mit rücksichtsloser Offenheit hat sie vor allem

den Meuchlern der Republik erklärt, daß sie den Kampf auf Leben und Tod gegen sie aufnimmt.

An den andern ist es nun, zu bekennen! Wollen sie den Bestand der Republik, die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, die Gleichberechtigung der werktätigen Schichten, dann gehen wir ein Stück Weges gemeinsam.

Wollen sie die Monarchie, die wirtschaftliche Knechtung oder die Mundtotmachung breiter Schichten, dann bietet die Sozialdemokratie stärkste Gegnerschaft und heftigsten Kampf.

Das ist die Parole von Görlitz!

Der Eintritt der Partei in die Reichsregierung erfolgte im Mai d. J. unter dem furchtbarsten außenpolitischen Druck. Ohne Bedingungen, ohne Vorbehalte — nur um das Land vor dem Schlimmsten zu bewahren, bildete die Partei mit Zentrum und Demokraten die neue Koalitionsregierung. Aber mit der bloßen Annahme des Ultimatums war die damals übernommene Aufgabe nicht erfüllt, ihre Lösung hat vielmehr jetzt erst begonnen, und der weitaus schwerste Teil steht noch bevor. Das ganze Volk ist an ihr beteiligt, und nur außerordentliche Maßnahmen können uns vor dem Untergang retten. Wir lehnen es ab, in den Massen den Glauben zu erwecken, als ob die

Sozialdemokratie heute allein imstande wäre,

die eisernen Fesseln des Versailler Vertrags zu lösen oder allein die drückenden Verpflichtungen des Londoner Ultimatus zu erfüllen.

Der Parteitag zu Görlitz unterstrich die realpolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart. Er lehnte jede Politik der großen Worte ab, die die Massen in Illusionen gewiegt hätten und sie zur Abkehr von der Partei bewegen würden, wenn die gemachten Versprechungen sich nicht erfüllt hätten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Verwirklichung unserer Forderungen nicht nur von unserm Willen, sondern auch von der Reife der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

Gegen die im freien Volksstaat sich noch zäh erhaltende

Klassenjustiz erhob der Parteitag lebhaften Protest, er forderte durchgreifende Maßnahmen bei der kommenden Justizreform. Durch Zuziehung von Laienrichtern, besonders bei den Strafgerichten aller Art und Stufen, durch Wahl der Schöffen und Geschworenen muß eine deutsche Justiz geschaffen werden, die im Volke Vertrauen zur Rechtspflege erweckt.

Von dem Gedanken befeelt, daß nur eine große, einige Kampforganisation aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die reaktionären Mächte gewinnen kann, erklärte sich der Parteitag für die nationale und internationale

Einigung des Proletariats.

Die Sache aller Bedrückten der Erde erklärte er zu der seinen.

Aus den Reden der ausländischen Gäste haben wir erfahren, daß die Welt der Arbeit noch immer mit Vertrauen und Hoffnung auf die deutsche Sozialdemokratie blickt. Rechtfertigen wir dieses Vertrauen durch unermüdelichen Kampf für unsere große Sache.

Schließt die Reihen! Werbt unablässig für die Partei! Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dr. Bartels, Dr. A. Braun, Otto Braun, R. Fischer, O. Frank, O. Heinrich, E. Hildebrand, Marie Juchacz, Fr. Krüger, Herm. Mollenhuth, Herm. Müller, W. Pfanter, Ad. Ritter, E. Friede Rhneke, G. Schulz, Fr. Stampfer, O. Wels.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Oktober 1921.

Kartoffelwucher.

Die unerhörten Preissteigerungen der Kartoffeln sind überall zu beobachten. So schreibt man aus Potsdam: Feststellungen, die der Magistrat dort gemacht hat, lassen den Umfang und die Uebersticht der Kartoffelkonjunktur erkennen. Vor acht Tagen wurden Kartoffeln mit 45 Mk. pro Zentner angeboten, drei Tage später forderte man 47, nach 2 Tagen 49, und in der letzten Woche 51 bis 60 Mk. Die Angebote beziehen sich auf die größeren Güter im Kreise Dönhavelland: Bornim, Redlich, Marquardt, Hallenrede, Parzow und Taren. Auf dem letzten Wochenmarkte wurden bereits für den Zentner Kartoffeln 70 Mk. verlangt, obgleich es sich nicht um verleierte Ware, sondern um Kartoffeln direkt vom Acker handelte, die der Händler an Ort und Stelle als eigenen Bestand übernimmt und an die Bedarfstellen schaffen muß.

In einem Bericht an den Regierungspräsidenten fordert der Magistrat ein schnelles Eingreifen und eine nach Wirtschaftsgesetzen abgestufte Festsetzung des Zentnerpreises, sowie Nachahmung der Maßnahmen des brandenburgischen Ernährungsausschusses, der einen Erzeugerpreis von 35 Mk. pro Zentner gelten läßt. Ueberstreichungen werden als Wucher bestraft. Gegen Händler, die die Preise in die Höhe treiben, wird vorgegangen. Kartoffelwucherungen, für die Wucherpreise bezahlt worden sind, werden beschlagnahmt. Der Magistrat weist darauf hin, daß die Stimmung der Bevölkerung sehr erregt ist.

Auch der Regierungspräsident in Magdeburg hätte Ursache, sich schleunigt um Kartoffelversorgung und Kartoffelpreise zu kümmern und zu tun, was ihm überhaupt möglich ist.

Magdeburg in der Kunsthalle.

Wie bereits angekündigt, findet auf Beschluß des Magistrats infolge einer Anregung des Stadtbaurats Laut die Ausstellung „Alt- und Neu-Magdeburg“ statt, welche am Sonntag den 6. Oktober eröffnet wurde und bis Ende d. M. täglich von 11 bis 5 Uhr offen bleibt.

Die Ausstellung gliedert sich in zwei Gruppen, und zwar ist in das Obergeschloß die Gruppe „Alt-Magdeburg“ gelegt worden, welche den Zweck hat, der Magdeburger Bürgerschaft ein Bild über die Schönheit ihrer Vaterstadt zu geben.

Wie aus den ausgehängten Bildern zu ersehen ist, handelt es sich nicht allein darum, die einstige Schönheit der Stadt vorzuführen, so ungeschönlich sie auch gegenüber andern alten Städten ist. Die vielen alten Städte, Lithographien usw. zeigen ein Bild städtischer Blüte, das, verglichen mit alten Städtebildern anderer Orte in seiner Weise vollendet ist und so fast ausgeprägt, daß es gegenüber vielen berühmteren Städten wie Nürnberg, Kitzburg, Lübeck usw. durchaus standhält. Die alten Bilder sind besonders interessant auch deswegen, weil sie zeigen, mit welchen wirklich lebenden Augen die Zeit damals ihre Stadt betrachtete. Es ist keine Spur von Sentimentalität oder dergleichen zu bemerken, alles ist sprühendes Leben, und deshalb sollten wir uns auch hüten, diese entzückenden Schönheiten mit romantischer Romantisation anzusehen, sondern vielmehr so, wie sie hier als äppiges Leben geboten werden. Darüber hinaus aber kann sich jeder Magdeburger doch noch freuen über die vielen Reste alter Kultur, die, wenn auch nicht mehr lebendig, so doch als „steinerne Tradition“ immer noch das heutige Bild

der Stadt beherrschen und ihr das Angiehende geben. Magdeburg wird auch in seiner alten Schönheit leider noch zu oft hinter viele andern deutschen Städte zurückgesetzt, ganz mit Unrecht, und es würde sich lohnen, dieses Material einmal in einer allgemeinen deutschen Städte-Ausstellung zum Vergleich mit andern Städten vorzuführen.

Die zweite Abteilung „Neu-Magdeburg“ ist demgegenüber ebenso notwendig, um eben jenen Empfindungen der Sentimentalität und der romantischen Klagen über das Verlorne entgegenzutreten. Sie könnte als Kritik aufgefaßt werden, soll es aber nicht sein, sie sollen vielmehr den Blick darüber klären, daß eminente wirtschaftliche Kräfte am Werke waren, die das alte Gewand der Stadt mit elementarer Gewalt zerrissen. Auch dies darf nicht beklagt werden; aber es ist nötig, zu prüfen, welche Wege diese Entwicklung bisher gegangen ist, ob die Formen, in denen sie ihren Ausdruck fand, immer die richtigen waren und ob es gegenüber der alten ganz lebendig und kraftvoll entstandenen Schönheit nicht nötig ist, auch bei den neuen wirtschaftlichen Veränderungen mit vollster Kraft aus dem eignen Leben heraus zu gestalten, um auf diese Weise etwas dem Alten Ebenbürtiges zu schaffen.

Wenn wir heute zu der Einsicht gelangt sind, daß uns keinerlei Romantik auf diesem Wege hilft und daß die Romantik neuer Bauten und Anlagen nur dem kraftvollen alten Bestand schaden kann, so war es nötig, durch das Feuer der vergangenen 50 Jahre hindurchzugehen. Die künftigen Schicksale, welche den Schöpfungen dieser Zeit anhängen müssen, konnten nur auf diese Weise fallen, und daß diese Schicksale begreifbar sind, ist nicht einzelnen Architekten, Ingenieuren und Bergleichen zum Vorwurf zu machen, sondern dem ganzen Drange der Zeit, die allzu rasch sich wirtschaftlich ausweitete, ehe die geistige Durchdringung mitkommen konnte. Auf diese Weise konnte man unmöglich den Mut haben, der das Kennzeichen jeder Leistung ist: Ganz so zu sein, wie man selbst ist, ohne nach rechts und links oder nach rückwärts zu sehen.

Möge diese Ausstellung den Blick des Magdeburger Bürgers klären helfen, damit die neuen Schöpfungen, die uns in den nächsten Jahrzehnten bevorstehen, rein und ungetrübt wie frohe hellköpfige Kinder in die Welt gehen mit denselben Augen, wie einmal bei seinem Entstehen das schöne Alte in die Welt geklickt hat. Dann werden diese Dinge die spätern Generationen ebenso rein und klar anschauen, wie uns heute jene „steinerne Tradition“!

Diese Ausstellung soll ein kleiner weiterer Baustein sein, um die Grundmauer herzustellen, auf der sich ein selbständiges Gebäude städtischer Blüte und Kraft errichten kann.

Mitteldeutsche Heimstätte.

Vor einigen Wochen meldete der Polizeibericht, daß fünf Angestellte der Mitteldeutschen Heimstätte wegen Fälschungen und Unterschlagungen verhaftet worden sind. Der „Holzmarkt“ brachte vor kurzer Zeit einen Artikel über eine merkwürdige Form des Handels mit Sieblungsholz, bei dem die Magdeburger Heimstätte auch eine eigenartige Rolle spielt. Es erscheint deshalb notwendig, diese Einrichtung einmal kritisch zu beleuchten. Der „Holzmarkt“ schreibt:

Im Regierungsbezirk Liegnitz wurde in einer Staats-oberförsterei Holz verkauft; massenhaft Bewerber waren da, die das Holz wirklich zur Beschäftigung ihrer Werke brauchten, seit Jahrzehnten dort als Käufer auftraten, aber der Forstmeister spielte fortgesetzt die Sieblungsheimstätte Magdeburg aus, verkaufte der auch schließlich das Holz, weil die Holzhändler einfach nicht imstande waren, die Preise zu bezahlen, die der Forstmeister verlangte. Die Sieblungsheimstätte bekam das Holz, einen recht großen Posten, hatte nun gar keine Möglichkeit, es anders zu verwerten, als es in Lohnschnitt zu geben, und zwar ausgerechnet an Hermann Wünschitz in Riesa.

einem seit kurzer Zeit dort aufgetauchten Polen, über dessen höchst zweifelhafte Geschäftsgebarung wir im „Holzmarkt“ berichteten. Wünschitz bekam das Holz in Lohnschnitt und betrachtete es ganz als sein Eigentum, er verkaufte davon flott drauflos, Schmitt Holz zu Breiten, die eigentlich jedem Käufer sofort nahelegen mußten, daß die Sache nicht mit rechten Dingen zugehen könne. Es soll sogar ein Angestellter der Heimstätte dabei mitgewirkt haben, er soll Geld von Wünschitz bekommen haben und an dem gemeinamen Holzverkauf beteiligt gewesen sein. Es wird weiter behauptet, daß der Angestellte der Sieblungsheimstätte aus dem Golze für sich Möbel anfertigen ließ, und wo dazu Golze gebraucht wurde, nahm man die einfach aus dem Lohnschnitt Holz einer Breslauer Eichenholzfirma. Wünschitz hatte auch keinerlei Bedenken, diese betworene Wirtschaft dadurch über Wasser zu halten, daß er alte Schulden mit dem Golze der Heimstätte bezahlte, wofür Zeugen vorhanden sind.

Der „Holzmarkt“ beschwert sich dann weiter, daß Golze bevorzugt an Sieblungsheimstätten abgegeben wird und fordert, daß diese Gesellschaften nicht anders von den Forstbehörden behandelt werden als die privaten Holzhändler. Denn wenn die Forstbehörden den Sieblungsheimstätten oder andern mit „sozialem Def“ gefassten Gesellschaften freihändig oder bevorzugt Holz abgeben, übernehmen sie damit eine Verantwortung, die man sicher nicht tragen will und auch nicht tragen kann“. Aus dieser Forderung des „Holzmarktes“ schaut nur zu deutlich der private Unternehmer heraus, der das freie Spiel haben und natürlich nicht gelten lassen will, daß gemeinnützige Gesellschaften unabhängig vom privaten Handel sein sollen. Eine Verechtigung dieser Forderung wird also kaum anerkannt werden können. Aber verlangt werden muß, daß eine gemeinnützige Gesellschaft, die erheblich mit öffentlichen Mitteln arbeitet, auch wirklich ihrer Bestimmung gemäß arbeitet. Eine neue Form von Kriegsgesellschaften ist wirklich kein Zeitbedürfnis und der Bedarf an Korruption und Schieberereien ist auch hinlänglich gedeckt durch andre Stellen.

Bei der Gründung der Mitteldeutschen Heimstätte im Jahre 1920 erwartete man eine wesentliche Förderung des Kleinwohnungsbaus. Der Hauptgeschäftspartner mit mehreren Millionen Mark Anteil ist der preussische Staat. Größere Anteile übernahmen u. a. die Provinz sowie eine Reihe von Gemeinden, darunter auch Magdeburg mit 100 000 Mark. Kleinere Anteile wurden erworben von den Baugenossenschaften und sonstigen Bauvereinigungen. Die Heimstätte arbeitet also ausschließlich mit Mitteln der Allgemeinheit. Ihre Geschäftsführung hat darum die moralische Pflicht, besonders sorgfältig und vorichtig zu Werke zu gehen bei allen geschäftlichen Maßnahmen, also auch bei der Wahl der Mitarbeiter und Angestellten.

Die Sieblungsheimstätte ist den Weg der Kriegswirtschaftsorganisationen gegangen und erleidet ein Schicksal gleich diesen, wenn sie sich nicht zu einer schnellen und gründlichen Umstellung versteht. Aus den Kreisen der bürokratischen Verwaltung wurde den Kriegsgesellschaften gewöhnlich der Leiter gestellt, und dieser suchte sich dann seine „Nachleute“ aus den Kreisen der Geschäftswelt, die zugleich durch Vorforderungen und Leistungen von der Heimstätte Vorteile ziehen wollten. Schwere Schiebung zum Nachteil des Volkes hatten diese Verfassungen im Gefolge. Und hatte auch der Gesellschaftsleiter die rechtlichen Absichten, er wurde, wenn er nicht ein äußerst fähiger Mensch war, von seinem „Nachleuten“ eingewickelt. Wir erinnern an die Fälle, die wir in den letzten Jahren hier in der „Volksstimme“ festgenommen und von denen der maranteste die Verchiebung der in Magdeburg lagernden Heereshölzer war.

Reigen sich bei den Sieblungsheimstätten nicht merkwürdig verwandte Rüge mit den Kriegsgesellschaften? Die Haupttätigkeit der Mitteldeutschen Heimstätte sollte die Vermittlung von Holzern zu billigen Preisen aus Staatsforsten sein zu

Krankungen und ihren Erscheinungen, Einrichtungen der Krankenräume, Krankenwartung, Krankenernährung, Krankenbeobachtung, Hilfeleistungen bei der Krankenuntersuchung und -behandlung, Pflege bei ansteckenden Krankheiten.

Für weibliche Prüflinge außerdem die wichtigsten Grundzüge der Säuglings- und Kleinkinderpflege. In der praktischen Prüfung werden die Prüflinge ihre Kenntnisse in der Krankenpflege praktisch zu erweisen haben. Auf Grund der bisherigen Vorarbeiten vom 10. Mai 1907 können noch solche Personen zur Prüfung zugelassen werden, die schon vor dem Erlaß in der Ausbildung begriffen waren und bis spätestens 1. Oktober 1921 einen dahingehenden Antrag gestellt haben. Dasselbe gilt für diejenigen, die bereits seit dem 1. Oktober 1920 im Dienste einer öffentlichen Krankenanstalt tätig sind.

Beitrag von der Prüfung können Sanitätsunteroffiziere werden, die eine mehr als fünfjährige Dienstzeit zurückgelegt haben und darüber ein Zeugnis ihrer vorgelegten Vorgesetzten beibringen können. Vorausgesetzt wird dabei, daß die Bewerber noch nicht länger als zwei Jahre aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind und auch während dieser Zeit wenigstens die Hälfte Krankenpflege ausgeübt haben. Gesuche um Anerkennung als Krankenpfleger sind an den zuständigen Regierungspräsidenten zu richten. Außerdem können befreit werden Personen, die schon früher einen Krankenpflegelehrgang von ausreichender Dauer mitgemacht haben und nachweisen können, daß sie mindestens fünf Jahre lang in der Privatpflege oder im Anstalts- und Gemeindedienst tätig waren. Ihnen wird auf Antrag, der spätestens bis zum 1. Juli 1922 an den zuständigen Regierungspräsidenten einzureichen ist, die staatliche Anerkennung als Krankenpfleger erteilt werden, wenn sich der Prüfungsausschuß dafür ausgesprochen hat.

Im Ausbildungsplan wird vor allem die Notwendigkeit der praktischen Ausbildung betont. Es wird im einzelnen auf die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die sich der Schüler während seiner Ausbildung aneignen muß, eingegangen.

Städtische Reklame.

In Hannover haben die städtischen Kollegien die Einrichtung einer städtischen Reklamestelle genehmigt. In der den Mitgliedern der Kollegien zugegangenen Drucksache heißt es, daß die Uebernahme des Reklamewesens in eigene Regie erst dann lohnend wird, wenn alle Reklamemöglichkeiten voll ausgenutzt werden.

Neben dem Anschlagweien an Säulen, das erst nach dem 1. Juli 1922 für den Regiebetrieb frei wird, sollen die folgenden Reklamemöglichkeiten jetzt schon von der Stadt verwertet werden: 1. Die Reklame an Brandmauern und Einfriedigungen städtischer Gebäude und auf zu diesem Zweck anzumietenden Flächen. 2. Die Anbringung von Reklametafeln oder Aufstellung von Säulen in städtischen Gebäuden (Kathaus, Bauamt, Stadtkasse, Waldwirtschaften, Wochhalle, überhaupt in und an allen städtischen Gebäuden mit großem Publikumbesuch). 3. Reklame an und auf Laternenpfählen, Randelabern und Lichtmasten (auch Sichtreklame). 4. Die Reklame auf Verkehrstafeln und an Kiosken usw. 5. Die Reklame auf den Rechnungen und Formularen der Stadt. Es heißt dann u. a. weiter:

Selbstverständlich kann es sich in allen Fällen nur um solche Reklame handeln, die bei aller Wahrung der wirtschaftlichen Interessen doch auch in künstlerischer Hinsicht dem Stadtbilde gerecht wird und dem Ansehen und der Bedeutung Hannovers entspricht.

Die Vermietung von Laternen und Lichtmasten wird eine der Haupteinnahmequellen bilden. Für jede zu Reklamewegen vermietete Laterne wird ein Betrag von durchschnittlich mindestens 1000 Mark und für jeden Lichtmast ein Betrag von durchschnittlich 5000 Mark jährlich mit Sicherheit herauszuholen sein. Mit einigen Interessenten sind, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, Abschlüsse getätigt, die bei Vermietung von Laternen zu gewöhnlicher Reklame 1000 und 2000 Mark, bei der Benutzung als Sichtreklame 1500 und 3000 Mark als jährlichen Pachtpreis vorsehen. Eine hiesige Firma hat nach Verhandlungen für die Ueberlassung von zwei Lichtmasten zu Reklamewegen einen jährlichen Pachtpreis von 20 000 Mark geboten. Für die Dauer der Südwachmesse (sechs Tage) sind zwei Lichtmasten für 2500 Mark vermietet.

Rechnet man damit, daß von den 10 000 Laternen und Randelabern im Stadtgebiet 1000 und ebenso die vorhandenen 100 Lichtmasten nach und nach für Reklame freigegeben werden, so ergibt sich daraus ein Ertrag von rund 1 000 000 Mark aus der Laternenreklame und von 500 000 Mark aus der Sichtreklame. Insgesamt kann aus den Reklameaufträgen für Formulare (Gas-, Wasser-, Elektrizitätsrechnungen, Brotmarken) mit einem jährlichen Ertrag von rund 1 250 000 Mark gerechnet werden.

Die Reklame auf circa 100 bei den Straßenbahnhaltestellen und an wichtigen Straßenkreuzungen im Stadtgebiet anzubringenden Verkehrstafeln wird jährlich rund 800 000 Mark ergeben.

Die zu erwartenden Einnahmen aus der Reklame an Brandmauern und Einfriedigungen sowie aus der Anbringung von Reklametafeln bzw. der Aufstellung von Säulen in städtischen Gebäuden können zunächst auch nicht annähernd geschätzt werden, da sie sich ganz nach dem Umfang richten, den der Magistrat für diese Art der Reklame zulassen will.

Insgesamt wird bei völligem Ausbau des Reklamewesens nach vorstehender Schätzung mit einer jährlichen Bruttoeinnahme von 8 bis 8 1/2 Millionen Mark gerechnet werden können. Von dieser Summe sind die Kosten für Akquisition, die je nach der Höhe des Objekts 15 bis 20 Prozent betragen, sowie 5 Prozent Verwaltungskosten noch abzuziehen. Nicht berücksichtigt ist ferner die Umsatzsteuer.

Der Rohkauf im Versicherungsgewerbe. Bedauerlicherweise ist es nun, so schreibt man uns, auch im Direktionsbetrieb der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Auftritten gekommen, die besser beruhen wären, wenn der Arbeitgeberverband der Privatversicherer den gerechten Ansprüchen der Angestellten rechtzeitig entgegengekommen wäre. Die Erregung der Angestellten war derart, daß sie ihre Arbeitsplätze verließen und — während der Betriebsrat mit der Direktion wegen Gewährung einer einmaligen Beihilfe verhandelte — entsetzliche Haltung vor den Türen der Direktion einnahmen. Man einigte sich zum Schluß auf eine Vorschusszahlung von 1000 Mark für Verbeirathete und 750 Mark für Ledige, über deren Rückzahlung sich die Angestellten keine Sorgen zu machen brauchen. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Arbeitgeberverband im Versicherungsgewerbe nun endlich aus diesen bedauerlichen Vorfällen lernt und die zentralen Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß bringt.

Friede bei der Straßenbahn. Nachdem die Straßenbahnfahrer bereits am Tage des Zusammentritts des Schlichtungsausschusses ihr Einverständnis mit dem Schiedspruch erklärt hatten, hat nun auch die Direktion der Straßenbahn den Spruch angenommen.

— Eine beschiedene Anfrage an das Finanzamt. Bei der Fülle von Fragen, die in der Steuererklärung zu beantworten waren, ist es verständlich, daß das Finanzamt über einzelne Punkte, die ihm nicht klar sind, Nachfragen erheben läßt. Dagegen wird auch niemand etwas einzubringen haben. In einem Sage dieser Art vorliegenden Nachfrage heißt es: „Sollten Sie mündliche Verhandlungen vorziehen, so können Ihre Erklärungen innerhalb 8 Tagen vormittags von 9 bis 1 Uhr vor dem unterzeichneten Finanzamt entgegengenommen werden.“ Punktum. Weil die an einer mündlichen Erörterung der Angelegenheit liegt, geht es, wie es der Schrieb hinausläßt, in der Zeit von 9 bis 1 Uhr hin und — weist höflich wieder hinauskomplimentiert. Grund: du bist nicht an dem vorgeschriebenen Dienstage gekommen. Zwar steht das nicht in dem Schreiben, da steht nur innerhalb 8 Tagen. Aber auf deine Einwände befuhrst du zur Antwort, daß es vor sonntags (Monat) einmal in den Zeitungen veröffentlicht wurde, daß Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Auskünfte zu geben sind. Betrübt gehst du deiner Wege. Zwar hast du 40 Pfennig Briefporto gespart, dafür aber, ohne daß du etwas erreicht hast, 2 Stundenlohne eingebüßt und das nur, weil du deine Angaben recht gewissenhaft machen wolltest. Vielleicht läßt sich das Finanzamt nun erweichen und schreibt zur Orientierung der Steuerzahler auch die betreffenden Sprechstunden in ihre Anfrage mit hinein. Hoffen wir es! —

— Obpanne. Das Gewerkschaftsamt teilt mit: Die Verfügungen, daß die hier gesammelten Gelder nicht an die richtige Adresse kommen könnten, betreffen zu Unrecht. Die einzelnen Gewerkschaftskassen führen die Gelder an den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund ab, der wiederum im Reichshilfsauschuß tätig ist. Dieser Reichshilfsauschuß für Oppau besteht aus Vertretern aller wirtschaftlichen Vereinigungen. Auch in Ludwigshafen sind die freien Gewerkschaften für die Verwendung der Gelder (insbesondere, wie wir vor eingeweihten Genossen erfahren, in Magdeburg werden die reichlich vorhandenen Marken à 1 Mark für die Rückzahlung der Schnellpost und Kassenpapiere wegen für Oppau mit verwendet. Zwei Drittel aller eingehenden Gelder sind laut Kartellbeschuß zugunsten der Hilfsaktion für Oppau bestimmt, ein Drittel für Ludwigshafen. Es bedarf nur der Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft, um diesem Hilfswerk zu einem imponierenden Erfolg zu verhelfen.

NUR DIE UMGEHENDE ANMELDUNG ZUR MIAMA 1922
DER AUSSTELLUNG DES WIEDERAUFBAUES
SICHERT NOCH EINEN GÜNSTIGEN PLATZ

— Löhnungsbeihilfen und Entschädigungen für abgenommene Gegenstände an Kriegsgefangene. Anträge von in Magdeburg wohnhaften ehemaligen Kriegsgefangenen sind bis 31. Oktober 1921 an den Hilfsauschuß für heimgekehrte Kriegsgefangene — altes Rathaus, Eingang Johannisfriedhof, Erdgeschoss — zu richten. Es sind der Entlassungsschein oder ordnungsmäßige Militärpapiere sowie eine eidesstattliche Versicherung, wie nachstehend angegeben, beizufügen:

„Ich versichere an Eides Statt, daß ich Beihilfen für nicht gezahlte Löhne oder infolge Kriegsgefangenschaft erlittene Vermögensschäden nicht erhalten habe. Es ist mir bekannt, daß ich mich strafbar mache, wenn ich falsche Angaben mitteile oder die Tatsachen verschweige.“

Die bereits früher an den Hilfsauschuß hier eingereichten Anträge auf Gewährung dieser Beihilfen brauchen nicht noch einmal erneuert zu werden. Nach dem 31. Oktober 1921 eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

— Lebenskundlicher Unterricht an den städtischen Schulen. An dem mit Beginn des Winter-Schulhalbjahres einzuführenden Unterricht in Lebenskunde können alle Kinder teilnehmen, für welche die Befreiung vom Religionsunterricht erklärt worden ist. Wer diese Erklärung noch nicht abgegeben hat, kann seinen Kindern am Mittwoch diese Meldung schriftlich für den Schulleiter mitgeben. Auch können vorgebrachte Formulare im Parteibureau, Große Münzstraße 3, II, und in der Buchhandlung Volkstimme bezogen werden. Zentral-Güterbeirat S. P. D.

— Oberlehrliche Hilfswoche. Am 16. Oktober beginnt hier die Frauen-Jugendwoche für die oberlehrliche Hilfe. Was dafür vorgenommen wird, werden Plakate und Inserate belegen, die man beachten wolle.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 25. September bis 1. Oktober 1921 die Zahl der Geburten 64; der Lebendgeborenen (Vorwoche) 57 männliche, 45 weibliche, zusammen 102; der Gestorbenen 46 männliche, 34 weibliche, zusammen 80, darunter Kinder im 1. Lebensjahr 14 männliche, 9 weibliche, zusammen 23; die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar: Scharlach 3 (davon — auswärts), Diphtherie und Krupp 6 (—), Unterleibstypus 1 (—), Rindstieftier 1 (—), Ruhr 3 (—), Genickstarre 1 (—).

— Kellerbrand. Am Sonntag vormittag waren in einem Keller des Hauses Querstraße 3 auf nicht ermittelte Weise Holz und Kohlen in Brand geraten. Der alarmierte Völkch der Hauptfeuerwache beseitigte die Gefahr unter Verwendung einer Schlauchleitung nach kurzer Zeit, die vollständige Abloschung nahm aber die Feuerwehr noch etwa eine Stunde in Anspruch.

Magdeburger Parteinachrichten.

Verein Arbeiterjugend. Am Mittwoch den 12. Oktober, abends 8 Uhr Sitzung im Magistrate-Konferenzzimmer. (Altes Rathaus.)
Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.
Generalsammlung: Mittwoch 1/2 Uhr Aula Augustaschule, Eifenmannstraße. Alle müssen kommen. Mitgliedsbuch nicht vergessen.
Probe zum Mädchenabend: Dienstag 1/2 Uhr Französisch. Eiederbücher mitbringen. — **Wilhelmstraße 15b:** Dienstag 7 Uhr Funktionärsitzung Fort V.

Theater, Konzerte, Vorträge u.

Städtische Theater. Stadttheater: Dienstag (außer Anrech): Don Carlos, Anfang 8 1/2 Uhr. — Mittwoch: Die Entführung. — Donnerstag (1. Abend): Die lustigen Weiber von Windsor. — Freitag (2. Abend): Tosca. — Sonnabend (3. Abend): Der Diebsteher. — Samstag vormittag: Morgenveranstaltungen zugunsten der Frauenhilfe für Oberlehrliche; abends (außer Anrech): Carmen. — **Wildele-Theater:** Dienstag: Potash und Perlmutter. — Mittwoch: Ballettante Esméralda (von Origo); hierauf: Die Diensthörsen; hierauf: Sommerabend. — Donnerstag: Pyrrhus. — Freitag: Ueber die Kraft. — Sonnabend: Vorstellung für den Deutschen Frauenbund; Der Herr Senator. — Sonntag: Potash und Perlmutter. — Montag: Pyrrhus. — **Städt. Orchester.** Mittwoch d. 12. Okt., abds. 7 1/2 Uhr, 1. Sinf.-Konz. Abt. B. vorm. 11 Uhr, öffentl. Hauptpr. i. Stadth. Zeit. Abt. B. Dr. Karl Solitt; Walter Gieseking. — Klavier. Karten à 2. Beirichsdosen, am 12. Okt. auch a. d. Theaterkasse. — **Gausammlung für Magdeburger Arbeiter.** Sprechung aller Gammeler und Sammlerinnen Dienstag den 11. Oktober, nachm. 5 Uhr, Apfelstr. 2.

Bereine und Versammlungen.

Wie Magdeburger Metallarbeiter und Zena.
In der Mitgliederversammlung im „Konzerthaus“ nahmen nach einigen geschäftlichen Mitteilungen die Magdeburger Metallarbeiter den Bericht von der Generalversammlung in Zena entgegen. Die Kollegen Otte und Bartsch berichteten objektiv über den Verlauf des Verbandstags und beendeten ihren Bericht mit der Mahnung an die Magdeburger Metallarbeiter, das zu beherzigen, was die Vertreter der auswärtigen Bruderorganisationen über die schädigende Wirkung der Spaltung in der gesamten Arbeiterbewegung übereinstimmend zum Ausdruck brachten. Sie erjudeten, im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse zu wirken, die in der Resolution zum Vorstandsbericht, die mit Zweidrittelmajorität angenommen wurde, festgelegt sind.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Zeising, Ehle, Severin, Schwedler, Albert Große, Giebler, Bod. Hübbe, Schübe, Schneider u. a. teils zustimmend, teils kritisch. Die Anhänger der R.-P.-D.-Richtung bebauerten, daß Moskau oder Amsterdam? nicht auf die Tagesordnung gekommen ist. Wenn ihre Freunde beim Vorstandsbericht auf diese Frage nicht eingegangen sind, sei dies keine Feigheit, sondern Ordnungsliebe gewesen. Auch gegen die beständige Ausschließung der Teilnehmer an der kommunistischen Reichskonferenz sowie der übrigen wegen verhandlungsunfähigen Kreises ausgeschlossenen Kommunisten wurde Sturm gelaufen. Nicht die Spaltung der Organisation wäre deren Ziel gewesen, sie hätten nur der Vorstandspolitik eine andere Richtung geben wollen.

Den Berichterstatter und Anhängern der Beschlüsse des Verbandstags war es leicht, die falsche Einschätzung des Verbandstags zu widerlegen. Die Kollegen im Lande waren unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen, wie gesehen zu arbeiten.

Die Angriffe bezüglich der Russenhilfe auf den Vorstand sind haktlos, denn gerade dieser hat sich im Prinzip mit einer Unterstützung des russischen Volkes aus der Hauptkasse einverstanden erklärt. Die Ausschließungen sind zu rechtfertigen. Es ging um die Einheit des Verbandes, und da mußte die notwendige Disziplin aufrechterhalten werden. Die Vorkürfe in Bezug auf die Vorstandswohlen müssen zurückgewiesen werden. Die Galtung der beiden großen Fraktionen in dieser Frage läßt den festen Willen erkennen, die Einheit der Organisation unter allen Umständen zu wahren, um den Verband arbeitsfähig zu erhalten.

Der Verlauf des Verbandstags war, so sagte Kollege Otte in seinem Schlußwort, kein Rückschritt, auch keine Rechtslenkung, wie es von unsern Freunden von links dargestellt wurde, sondern ein Schritt nach vornwärts. Der Verbandstag habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Arbeitergemeinschaft für den Metallarbeiterverband nach wie vor abgelehnt wird. In später Nachhande erfolgte dann Schluß der Diskussion. Die Abstimmung über folgende Resolution ergab eine Mehrheit im Sinne der Verbandsbeschlüsse:

„Die Generalversammlung hat den Bericht vom Verbandstag in Zena entgegengenommen. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß es gelungen ist, die beiden führenden Richtungen im Verband zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen. Sie spricht weiter die Hoffnung aus, daß es bald gelingen wird, auch die kommunistische Gruppe in diese Einheitsfront einzufügen. Nur dieser Zusammenfluß ist geeignet, einer Zerspaltung im Deutschen Metallarbeiterverband vorzubeugen und dem Unternehmertum einen festen Wall entgegenzustellen.“

Damit hat die Magdeburger Mitgliedschaft zum Ausdruck gebracht, daß sie sich auf den Boden der Beschlüsse stellen will. Die Festsetzung des Lokalbeitrags wurde der Verirramensmännersitzung zur Vorberatung überwiesen. Pflicht eines jeden Kollegen ist es deshalb, nun im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse zu arbeiten und die Organisation in jeder Weise zu stärken und zu fördern.

Mieterverein.

In der Ortsgruppe Alte Meißelstraße des Magdeburger Mietervereins hielt Herr Seifert einen fesselnden Vortrag über „Neue Wege im Wohnungswesen“. Der einzig gangbare Weg zur Bekämpfung des Wohnungslebens sei der Uebergang zur Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen. Auf dem Bundestag der Haus- und Grundbesitzervereine sei die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen gefordert. Die Mieterchaft fordere dagegen die Aufhebung des gewerblichen Hausbesitzes und Einführung der Gemeinwirtschaft. Für Wohnungsoffenheit (nach dem Vorbilde der Baugenossenschaften) seien unsere Mietung. Zulassung aller Mieter sei unbedingt erforderlich. Wohnungsoffenheit je etwa 1500—3000 Mieter umfassend, müssen die Häuser in Selbstverwaltung nehmen. Der Hausbesitzer solle nicht ohne Entschädigung enteignet werden, sondern bestimme sein Kapital aus der zu gründenden Sparkasse bar ausgezahlt. Er habe alsdann die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder andere Mieter. Auch die Wohnungscommission des Reichstags habe sich für die Gemeinwirtschaft ausgesprochen. Der Mieterchuß müsse verlängert werden. Das vom Reichsrat beschlossene Reichsmietengesetz sei in der jetzigen Form einmütig abzulehnen. Eine Entschädigung im Sinne des Referats mit einer Warnung an die Regierung: die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufzuheben, fand einstimmige Annahme.

Für die Opfer von Oppau

gingen ein: Freie 10,00, Geselligkeitsverein: Sacharinfabrik Sidoh 785,00, E. S. 20,00, Ernteammlung beim Herbstergnügen des Sozialdemokratischen Vereins, Bezirk Sudenburg 170,60, Ungenannt 5,00, Verein Bruderkund der Händler und Reisenden von Magdeburg und Umgegend 52,05 Mark. Bisher quittiert 6992,00 Mark, in Summa 8034,65 Mark. Weitere Spenden nimmt mit Dank an Verlag Volkstimme. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Pünktlich zur Schule
gehen, ist gesichert durch einen guten Wecker.
Vorteilhafte **Weckeruhren**
sämtlich kontrolliert, von **Mark 36,00** an bei
Moosmann Magdeburg
Moderne Uhren u. Schmuck
Breiteweg 207, neben der Hauptpost.

Wollstoffe werden teuer und knapp!
Decken Sie darum Ihren Bedarf **beizeiten**. Vermöge meiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu großen Tuchfabriken kann ich sehr preiswert liefern. Allein die Rohwolle ist schon 80—100 Proz. gestiegen und zwingt die Fabrikanten sehr bald, große weitere Erhöhungen vorzunehmen. Ich führe alle Arten von **reinhollenen Anzug-, Kostüm- u. Mantelstoffen**. Auf Wunsch lege ich Stoffe gegen Anzahlung bis zu 4 Wochen zum jetzigen billigen Preise zurück. Eine große Anzahl Reste liegt spottbillig zum Verkauf vor. 2999
FRED PELZ G. m. b. H., Tuchfabriklager, Schopenstraße 1a (3. Haus vom Breiten Weg).

Summe setzt sich zusammen aus verhehltesten Gelbern, die den Verschlagnahme unterliegen, und den Geldstrafen. Die Annahme, daß dort etwa nur etwa 4 Prozent der Steuerhinterzieher gefaßt sind, dürfte zutreffen. Besteht die Möglichkeit, die meisten zu fassen — alle wird man nie erreichen können —, dann lohnt sich die Pausse.

Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß es der Industrie und dem Handel nicht so leicht gemacht wird, den Staat zu betrügen. Aber auch dort wird eine Pausse den Finanzämtern Zeit geben, um sich die Kapitalverwässerungen usw. etwas genauer anzusehen. Ueber die Art und Weise, Drückberger zu fassen, wird der frühere Leiter des Finanzamts Salzwedel, Regierungsrat Groß, nähere Angaben machen können. Letztere ist, daß verschiedene Finanzämter in Salzwedel anfragten, wie man zu diesen Feststellungen gekommen sei, als die rechtskräftigen Urteile veröffentlicht waren. Beispielsweise fang man Landwirte, die einen großen Teil ihres Landes als Weidland angaben, damit, daß man ihnen eröffnete, Weidland werde dem zuständigen Kulturamt gemeldet, welches dann darüber verfüge.

Gelingt es in Zukunft nicht, dem Bössler auch das abzunehmen, was er zu entrichten hat, dann werden immer diejenigen die Beiträgen sein, denen man jeden Pfennig nachrechnen kann, und das sind in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger. Machen wir also erst die kranken Besitzkäufern gesund und „beredeln“ sie dann. Eher sind die Vorbedingungen für eine gesunde Finanzpolitik nicht gegeben.

Ein merkwürdiger Achtstundentag.

Der amtliche preussische Pressedienst bemüht sich, die auch von uns in der letzten Nummer gebrachte Nachricht, die Deunawerke in Merseburg verletzten den Achtstundentag, als irrig darzustellen. Er berichtet darüber:

Die Deunawerke haben im Februar dieses Jahres bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 48-Stunden-Arbeitszeit eingeführt. (Soll heißen: die 48-Stunden-Arbeitswoche. D. Red.) In allen chemischen Industrien arbeiten die Schichtarbeiter 56 Stunden. (Also an sieben Arbeitstagen, auch am Sonntag, 8 Stunden.) Die Deunawerke haben nun beschlossen, vom Montag ab wiederum bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 56-Stunden-Arbeitszeit einzuführen, die in dem Reichsarbeitsvertrag vorgeesehen ist, wie in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz. In dem Achtstundentag wird nichts geändert. Diese 56stündige Arbeitszeit gilt demnach nur für die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie. Hiermit entfallen alle weiteren Bemerkungen der Zeitungen, die die Nachricht verbreiteten, daß in den Deunawerken der Achtstundentag durchbrochen worden sei.

Kein, der Achtstundentag ist nicht durchbrochen. Nur die Arbeitswoche ist von 8 Tagen auf sieben Tage verlängert — weiter geht's nicht mehr — und die im Februar von 56 auf 48 Stunden verkürzte Arbeitswoche wird jetzt wieder um 8 Stunden verlängert, von 48 auf 56 Stunden. An den sechs Tagen der Arbeitswoche muß hiernach neun Stunden und nur zweimal in der Woche zehn Stunden gearbeitet werden, um auf 56 Stunden zu kommen.

Ob die Vertretung der Arbeiterschaft des Deunawerks um ihre Zustimmung zu dieser Verschlechterung durch Vermehrung der Arbeitslage auf sieben oder durch Überschreitung des Achtstundentags — wie man es nehmen will — befragt wurde, ob sie sich damit einverstanden erklärte oder nicht — über all das schweigt sich der Pressedienst aus. Dafür verweist er auf einen Gehektwurf, der in solcher Gestalt sicherlich nicht Gesetz werden wird. Weil der Geist dieses Entwurfs nahe verwandt ist mit dem, der diese amtliche Nichtigstellung veranlaßt hat.

De Brouckere über Görlich.

Die deutschen Sozialisten wollen die Republik verteidigen. Unter dieser Ueberschrift gibt der belgische Sozialist Genosse de Brouckere seine Hauptgedanken von der Görlicher Tagung im Brüsseler „Peuple“ wieder. Auch für die deutschen Sozialdemokraten dürfte es interessant sein, zu wissen, in welchem Lichte der Parteitag und seine Beschlüsse unsern ausländischen Gesinnungsfreunden erscheinen.

De Brouckere schreibt, daß das charakteristische Merkmal des Parteitags der unerwartete Wille der deutschen Sozialdemokraten zur Republik gewesen sei. „Die deutschen Proletarier sind entschlossen, ihre Republik mit der ganzen Kraft eines Volkes zu verteidigen, das jetzt den tiefen Wert der Demokratie begriffen hat. Das ging aus dem Laufe der Verhandlungen schärfer noch hervor, als aus den angenommenen Resolutionen.“ Er geht dann ein auf den Augenblick nach dem Tode der Genossen Treue (Nürnberg) und Körner (Ludwigshafen), die zu einem spontanen Treuegelübde für die deutsche Republik wurden. Er nennt diese Reden „einen jener Momente, die geschichtlichen Wert haben.“ Der gleiche Wille, die Republik zu stützen, zeigte sich in der Diskussion. Wir verstehen heute nur zu gut, daß die Reform der Verwaltung fortgesetzt werden muß, daß die Republik nicht durch die alten Beamten des Kaiserreichs verwaltet werden kann.“

Zur Programmdebatte übergehend, sagt de Brouckere, daß auch hier jeder Redner auf der Notwendigkeit bestanden habe, alle sozialen Forderungen auf der absolut gesicherten Grundlage des republikanisch-demokratischen Staates zu basieren. Von den Höhepunkten der Programmdebatte jagte er, sie hätten auf ihn einen der tiefsten Eindrücke gemacht, deren er sich als alter Kongreßkämpfer entsinnen könne.

De Brouckere beschäftigt sich dann mit der Frage der erweiterten Koalitionsmöglichkeit. Seiner ziemlich optimistischen Ansicht nach hat die Deutsche Volkspartei zugehört. „Die Geschäftsleute, aus denen sie sich zusammensetzt, haben zubielt gesunden Menschenverstand, um nicht zu erkennen, daß eine deutsche Monarchie sich gegen den einzigen und jetzt einzigen Willen eines fest organisierten Proletariats nicht behaupten kann. Sie wissen auch, daß die Entente eine deutsche Monarchie um keinen Preis dulden würde.“ Er vergleicht die augenblickliche Lage Deutschlands mit der Frankreichs zur Zeit der Dreifus-Affäre. Man denke in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie daran, „einen Bloß zu bilden, um alles dem einzig Wesentlichen unterzuordnen: der Existenzsicherung des neuen Regimes.“

Warum sie Monarchisten sind.

Im „Tag“ veröffentlicht Professor Reine von der Pöcher Universität einen Aufsatz, der den früher sehr „rechts“ gestimmten Verfasser bemerkenswert gewandelt zeigt. Er erzählt, daß er früher überzeugter Monarchist gewesen sei und sagt dann:

Ich war der Meinung, daß für Deutschland die monarchische Staatsform die normale sei, und daß insbesondere Brandenburg-Preußen durch seine Monarchie zu der Herrlichkeit des neuen Reiches emporgeführt wurde, wie sie unter Wilhelm I. und Bismarck wie eine Offenbarung über uns kam. „Kroß allem“ lautete meine Hoffnung für die Zukunft, selbst als Wilhelm II. im Weltkrieg militärisch und politisch gleich sehr versagte. Als er aber in der Stunde der Gefahr die eigne Person nach Holland in Sicherheit brachte, mußte ich, daß das Ende schauerlich schnell gekommen sei, daß dem deutschen Volk an dieser Person nichts mehr gelegen sein konnte. Seit Durchführung der Verfassung von Weimar und der Annahme des Versailles Diktats fühle ich, daß die Republik für absehbare Zeit die Staatsform war, auf der sich unser politisches Leben zu bewegen hatte.

Wo könnte gegenwärtig die monarchistische Restauration einfallen? Bei der obersten Spitze, also als deutsches Kaiserthum, gewiß nicht; es ist schon niemand da, den das deutsche Volk zum Kaiser krönen würde. Bei Preußen? Der König von Preußen hat seinem Volke die Krone gebracht, als er es im Augenblick höchster Gefahr herbeiführte und über die Grenze eines neutralen Staates entwich; Gründe der äußeren wie der inneren Politik machen seine Rückkehr auf den Thron unbenutzbar.

Verblüffend waren mir militärische Antworten, die ich von Monarchisten auf die Frage erhielt, warum sie unter den heutigen Umständen die Herstellung der Monarchie forderten: Weil sie die schönen Hoffeste schmerzlich vermissen — weil ihre Söhne viel bessere Chancen des Fortkommens gehabt hätten — weil sie hofften, daß die Wä-Luta dann rapid steigen werde und dergleichen mehr. Man kann sich des Lächelns ob solcher Nattheit nicht erwehren.

Es mag noch einige Monarchisten in Deutschland geben, die noch aus andern als diesen Gründen die Wiederherstellung der Monarchie wünschen, aber gerade sie müssen sich darüber klar sein, daß ihr Ideal der Vergangenheit angehöret und niemals mehr zu dauerndem Leben erweckt werden kann. Die Welt ist republikanisch geworden, auch dort, wo heute der Form nach noch eine Monarchie besteht. Für Deutschland kann jeder Versuch, die republikanische Staatsform zu stützen, nur zum Bürgerkrieg und zum Ende des Reiches überhaupt führen.

Drei Verleumder.

Vor dem Schöffengericht München kamen zwei Verleumdungssagen des Genossen Gerhard Auer zur Verhandlung. In der ersten Verhandlung, in welcher der verantwortliche Schriftleiter des deutschnationalen „Völkischen Beobachters“ angeklagt war, drehte es sich um Bemerkungen beleidigender Art, die der „Völkische Beobachter“ im Anschluß an die Wiebergabe eines angeblichen Bahngesprächs zwischen dem Reichswehrminister und Auer gemacht hatte. Der Schriftleiter wurde zu einer Geldstrafe von 400 Mark bzw. zu Gefängnisstrafe von 40 Tagen verurteilt. Der „Völkische Beobachter“ versuchte nicht erst, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Bezeichnend ist der „Entschuldigungsgrund“ des Beklagten: er führte nämlich aus, den besagten Artikel habe er von der „Augsburger Abendzeitung“ erhalten. Diese habe ihm nicht mitgeteilt, sie könne über den Verfasser keine weiteren Mitteilungen machen, da es sich um einen hohen Staatsbeamten handle.

In der zweiten Verhandlung hatte sich der Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers“ zu verantworten. Dieses Blatt hatte in einem Aufsatz dem Genossen Auer vorgeworfen, daß er in seinem Kampfe gegen die Einwohnerwehr unter dem Einfluß des englischen Generalkonsuls gestanden habe. Der englische Konsul bestritt dies als Zeuge unter Eid. Er erklärte alles für Unfug; Auer habe immer das Gegenteil von dem gesagt, was der Beklagte behauptet. Weiter wurden als Zeugen die früheren Kriegs- und Kultusminister des alten Königreichs über das Verhalten Auers unmittelbar vor der Revolution vernommen. Die Vorwürfe des gegnerischen Anwalts lauteten, Auer habe vor der Revolution die bayerische Regierung in Sicherheit gewiegt und dann heimtücklich überfallen. Sowohl der Kultus- wie der Kriegsminister erklärten aber, daß Auer vor, während und nach der Revolution sich völlig korrekt verhalten habe.

Der Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers“ erklärte bei Abschluß der Beweisaufnahme, es habe ihn geradezu beprimitert, daß tatsächlich kein Wort an der Sache wahr sei. Der bewusste Artikel sei ihm von einer hochgestellten, im Range des Generalkonsuls stehenden Persönlichkeit übergeben worden. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis.

Notizen.

Oberschlesien wird geteilt. Alle Meldungen, die über die Absichten des Völkerbundes durchdringen, lassen erkennen, daß eine Teilung Oberschlesiens so gut wie sicher ist. Ueber die Art und Weise dieser Teilung ist man sich vielleicht noch nicht ganz klar. Am Sonntag wollte der Völkerbund seine Entscheidung bekanntgeben. Die Angelegenheit hat sich jedoch verzögert, man hat erst bei den in Frage kommenden Entente-mächten Erhebungen über ihre Stellungnahme zu den Plänen des Völkerbundes eingezogen. Es kommt also letzten Endes darauf hinaus, daß nicht der Völkerbund entscheidet, sondern der Oberste Rat. In einigen Tagen soll angeklagt die Entscheidung fallen.

Klassen-Staffelung der Eisenbahntarife? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an das Reichsverkehrsministerium eine Eingabe gelangen lassen, die sich dagegen wendet, daß die Fahrpreise wieder generell in allen Wagenklassen die gleiche Erhöhung erfahren. Die Eingabe gibt Staffellungsorschläge, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen Reisenden berücksichtigen sollen. Die Preise für Bodenarten sollen für die 4. Wagenklasse um höchstens 10 v. H., die 3. um 25 v. H., die 2. um 40 v. H. und die 1. Wagenklasse um 50 v. H. erhöht werden. Für den täglichen Verkehr sollen beschleunigte Personenzüge oder Sitzzüge mit allen Wagenklassen ohne Zuschlag eingelegt werden.

Heimkehr aus Rußland. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Wibert“ trifft auf seiner fünften Fahrt von Noworossisk am 10. Oktober erneut in Triest ein. Er hat 1168 Heimkehrende, darunter 288 Reichsdeutsche an Bord. Diese Reichsdeutschen werden dem Durchgangslager Lechfeld zwecks Entlassung zugeleitet. Der Dampfer „Brillant“ ist inzwischen in Odesa eingetroffen, hat dort Heimkehrende an Bord genommen und befindet sich zurzeit auf der Fahrt nach Noworossisk, wo die Heimkehrenden von dem etwa am 12. Oktober dort eintreffenden Dampfer „Garalb“ an Bord genommen und nach Triest gebracht werden. Aus Petersburg ist am 8. Oktober der Dampfer „Marini“ mit 250 Heimkehrenden aller Nationalitäten ausgelaufen, des weiteren hat am 6. Oktober der Dampfer „Herbert Horn“ mit 420 österreichisch-ungarischen Heimkehrenden Lissa verlassen.

Für die Erfassung der Goldwerte. Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ fand beim Ministerpräsidenten Stegerwald eine Besprechung statt, in der unter anderem in der Frage der Erfassung der Goldwerte den bekannten Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat.

Die Parteigenossen zur Regierungsbildung. Die Parteigenossen in Mainz und Potsdam lehnen die Erweiterung nach rechts ab, begrüßen aber eine solche nach links. In Wilhelms haben wurde den Görlicher Beschlüssen zugestimmt.

Reparaturen und abgelieferte Schiffe. Wie „Temp“ mitteilt, wurde Deutschland durch den Schiedsrichter für die an Frankreich abgelieferten Binnen- und Hafeneinrichtungen auf Reparationskonto die Summe von 15 450 000 Goldmark gutgeschrieben; die an die Tschechoslowakei auf der Donau abgetretenen Schiffe sind mit 338 940 Goldmark bewertet worden, die Schiffe auf der Elbe mit 835000 Goldmark.

Gewerkschaftsschule in Berlin. Am Donnerstag fand im Berliner Gewerkschaftshaus in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, sowie von Mitgliedern des Magistrats und der Gewerkschaften der Eröffnungsgesand der Berliner Gewerkschaftsschule statt. Die Gewerkschaftsschule ist von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Ufa-Bund (Ortsstelle Berlin) errichtet worden und bezweckt die Fortbildung von Gewerkschaftsbeamten, ehrenamtlichen Funktionären und Jugendlichen.

Der Wandertag in Westungarn. Die ungarischen Wandertage haben heute nacht und heute vormittag Brud an der Leitha beschlossen, sie wurden aber zurückgeworfen. Heute nacht ist eine ungarische Bande über die Leithabrücke bis an die Wiener Neustadt gelangt, das einen Tagesmarsch von Wien entfernt liegt. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wiener Neustadt hat sich an die Regierung gewandt, der Bundeskanzler erklärte aber, daß für Wiener Neustadt keine Gefahr vorliegt.

Depeschen.

Ein Rapp-Putsch-Führer verhaftet.

München, 10. Oktober. Der Arzt und Volksmilitarist Wilhelm Schiele aus Raunburg a. d. S., einer der acht Rapp-Putsch-Führer, gegen die vom Oberreichsanwalt Gaffelbein wegen Hochverrats erlassen wurden, ist gestern nachmittag in München festgenommen worden.

Gegen die Putschisten.

Wien, 10. Oktober. In Wien fand gestern eine Massenversammlung der bürgerlichen Organisation statt. Im Verlauf der Versammlung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen bezüglich der Gerichte von einem geplanten Putsch in Wien: Die Herrschaften, die jetzt die Reichswehr spielen wollen, sind noch sehr ungeschult. Diese Reiben sind nicht geeignet, Putsch zu sabrieren. Aber das will ich hier bemerken: Das verbrecherische Treiben des ehemaligen Ministerpräsidenten Sussfeld und des Hofrats Wisner, wird die Arbeiterschaft sich nicht mehr lange gefallen lassen. Wenn die Herrschaften mit uns spielen wollen, so werden sie die proletarischen Kräfte zu spüren bekommen. Wir sind jetzt mit allen Mitteln und für alle Fälle gerüstet.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ bemerkt zu dem Treiben der Monarchisten: Es liegt nicht in unserer Macht, die Monarchisten am Boshägen zu hindern, aber es liegt in unserer Macht, sie mit blutigen Schindeln heimzuschlagen. Die Bartholomäusnacht, die sie den Republikanern zugebracht haben, wird zu einer Bartholomäusnacht der Monarchisten werden.

Verurteilte Sprengstoffräuber.

W. B. Dessau, 8. Oktober. In dem Prozeß gegen zehn der kommunistischen Arbeiterpartei angehörende Arbeiter, die verurteilt hatten, die sozialdemokratische „Vollwacht“ in Bernburg und eine Eisenbahnbrücke in der Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen, wurde der Hauptführer und Vorsitzende der K. A. P. D. in Bernburg, der 23-jährige Arbeiter Brandenburger, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen fünf weitere Angeklagte wurde ein Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 7 Jahren erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Buchdruckerstreit in Darmstadt beendet.

Darmstadt, 1. Oktober. Der hiesige Buchdruckerstreit ist nach achtstägiger Dauer beigelegt worden. Die Zeitungen erscheinen heute Montag wieder.

Ein neues Ministerium Branting?

Stockholm, 9. Oktober. Der König hat Branting, den Führer der Sozialdemokraten, ersucht, das Kabinett zu bilden. Branting hat den Auftrag angenommen. Auf welcher Basis das neue Kabinett gebildet werden wird, ist noch zweifelhaft. Trotz der bedeutenden Wahlerfolge der schwedischen Sozialdemokraten ist eine sozialistische Mehrheit aus den Wahlen nicht hervorgegangen. Wahrscheinlich wäre eine Koalition mit den Liberalen, nach einer früheren Meldung sollen sie aber bereits angelehnt haben, eine Koalition mit den Sozialdemokraten zu bilden.

Die letzten Kinder aus Schweden.

Stockholm, 9. Oktober. Morgen geht der letzte Küstentransport von deutschen und österreichischen Kriegskindern, etwa 500 an Zahl, von hier ab. Hierdurch ist die schwedische Hilfsaktion für Kriegskinder beendet.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Glänzende Stiefel

gibt Magol-Schuhputz, weil aus edelsten Wachsen und Terpentinöl hergestellt.

Die vielseitige Verwendung von MAGGI Würze

Vorteilhaftester Bezug in grossen Originalflaschen Nr. 6; ist vielfach noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art, sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack.



Meine Geschäftsräume bleiben
Mittwoch den 12. d. M. geschlossen.

Siegfried Cohn, Weberei-
 Waren.

385

Des hohen Feiertages wegen
 bleibt mein Geschäft am
Mittwoch den 12. Oktober geschlossen

Julius Wertheimer

Spezialhaus für Damen- und Kinder-Bekleidung
 Breiteweg 175-177 Magdeburg Breiteweg 175-177

Umpfehhüte
 für Damen und Herren.
Sutfabrik Emil Göte
 Himmelreichstr. 13 — Schwertfegerstr. 3
 Leiterstraße 15.
 Lieferzeit 8 Tage! 2678 Lieferzeit 8 Tage!

Rechtsbeistand
 in Ehe-, Alimenten-, Straf- und
 Steuersachen. — Rechtsan-
 waltschaft. Gesuche, Testamente,
 Beschwerten pp. O. Beurer,
 Volksanwalt, Kleine Steinere-
 nischstr. 5, l. Von 9 bis 7 Uhr.

Wegen hohen Feiertags
 bleibt mein Geschäft am Mitt-
 woch den 12. Oktober 1921
 geschlossen. 2891
Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
 8 Jakobstraße 8 Inhaber:
 Jul. Scheitzer, Ecke Petersberg.

Jetzt noch billige Möbel!
 Nur solange Vorrat reicht.
 Schlafzimmer . . . 1950 bis 5800 Mk.
 Herrenzimmer . . . 2300 bis 7000 Mk.
 Speisezimmer . . . 3500 bis 12000 Mk.
 Salon 3200 bis 15000 Mk.
 Wohnzimmer . . . 1400 bis 3000 Mk.
 Fremdenzimmer 950 bis 2400 Mk.
 Küche 450 bis 2800 Mk.
 Klubsessel 1200 Mk.

Konsumverein für Magdeb. u. Umg.
 Breiteweg 56, eine Treppe
 Neuhaldensleben Str. 7/8
Kleiderstoffe
Kostümstoffe
Mantelflausche

Olvenstedt. Olvenstedt.
Geschäftsöffnung.
 Der geübte Einsichtsbefugte von Olvenstedt die
 ersehnte Mitteilung, das ich hiermit Ebenhofer
 Straße 257 in
Zigaretten- u. Zigaretten-Spezialgeschäft
 eröffnen habe und bitte, mein junges Unternehmen
 unterstützen zu wollen.
 Haben ich vertriebe, nur erhaltliche Produkte zum
 Verkauf zu bringen, keine hochpreisigen
Richard Bärre.

Rheumatiker
 gebrauchen
 als bewährtes Getränk
Teplitzer Tee.
Hof-Apotheke
 Breiteweg 158. 2312

Eschen erschien
 von Kurt Heinig
Hohenzollern
 Wilhelm 2. und sein Haus
 Der Kampf um den Kronbesitz
 Preis 30 Mk.
 Funktionen erhalten Rabatt.
 Buchhdlg. Hoffmann, Gr. Münzstr. 3

Möbel-Waldf Mag-
 deburg
 Breiteweg 150.
 Versand nach allen Teilen
 Deutschlands. 2801

Alle Sorten Tierhaare
 kauft
Liebenow G.m.b.H., Sternstr. 29

13proz. Porter
 Christian Rose, Grubow, beste deutsche Porterware.
 Alleinvertrieb: **Hotel Weißer Bär**

Mittwoch den 12. Oktober bleibt
 mein Geschäft Feiertags halber geschlossen.
Meyer Michaelis, Lederhandlung.

1/1 Weißwein-Flaschen
 Cognac, Rotwein, Sekt, Milch sowie
 sämtliche 1/2, 1/4 und 1-Liter-Flaschen
Altpapier | Altmetalle
 Sämtliche Sorten Altpapier, Altmetalle, Eisen,
 Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Messing, Chrom und
 Nickel sowie sämtliche Sorten Lampen
 sowie sämtliche Sorten Lampen
 Kauf zu den höchsten Tagespreisen
Magdeburger Abfallsammlung
 Große Münzstraße 13 (Eingang Aufseherstraße) und
 Halberstädter Straße 130 (Eing. Endenburger Straße)
 früher Lagerplatz Berger & Freund
 Telefon 2891. Telefon 2891.
 Die Abholung erfolgt kostenlos durch meine Mitarbeiter.



Webin
 der gute
 Schatzpartner

**In alter Güte,
 kannst Du mich kaufen,
 brauchst nur in den
 nächsten Laden
 zu laufen**

Schreibzettel "Webin" überall zu beziehen!
 Terpentin-Ware in Dosen mit Gasdruck
 Vertrieb: Max Eichel, Markensbergstraße 11

In Wilhelmstadt kaufen Sie noch billig!
 Pelzwaren :: Kinder-Garnituren
 in bester Verarbeitung
 Pelz-Reparaturen :: Modernisieren
 beste Kürschnerarbeit
Emil Ethe, Gr. Diesdorfer Str. 15,
 Velour-, Haar-, Filz- und Seidenhüte
Schüler - Mützen
 Wenden und Reparieren
 Herren-Artikel :: Dauerwäsche
 neben
 feinsten-Gastg.

Das Thema
 im Vortrag:
**Sparsames Kochen
 und Heizen**
 Dienstag den 11. Oktober, Mittwoch den 12. Oktober,
 Donnerstag den 13. Oktober nachmittags 5 Uhr und
 abends 8 Uhr im Heinen Saale des „Hoffjägers“
 behandelt folgende Punkte:
Wie ist es möglich

1. mit einem Zentner Brennstoff genau dasselbe zu kochen,
1. wie sonst in der gleichen Zeit mit 6 Zentnern?
2. auf einer Flamme gleichzeitig die ganze Mittagsmahlzeit.
2. aus drei Gerichten bestehend, gar zu kochen und an Gas dabei noch 60 Prozent zu sparen?
3. 2 1/2 resp. 3 Liter Wasser ohne besondere Feinarbeit zum Kochen zu bringen?
4. höher bezahbare große Räume (Restaurants, Säle, Bureaus, Läden usw.) angenehm zu erwärmen und trotzdem Kohle zu sparen?
5. mit 1 Kilogramm beliebiger Brennstoffe in ca. 5 Minuten ein warmes Zimmer zu haben?
6. ohne besondere Kosten in jeder Wohnanlage Kochgelegenheit zu schaffen?
7. beim Gastgeben eine größere Menge Wasser nebenbei kostenlos auf der Kochflamme zum Kochen zu bringen?
8. auch bei der Gasplätte eine bedeutende Ersparnis zu erzielen?

Eintritt frei! Eintritt frei!
Denken Sie an die kommende Kohlensteuer.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 238.

Magdeburg, Dienstag den 11. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Zu den Revolutionsfeiern.

Der Bezirksvorstand der S. P. D. hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Parteibereine zu einer möglichst feierlichen Ausgestaltung der Revolutionsfeier aufzufordern, unbeschadet der sonstigen Bestrebungen, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag werden zu lassen. Es wird sich empfehlen, überall die Vorbereitungen in Stadt und Land bereits jetzt zu beginnen.

Wegen Einfindung von 2,65 Mark versendet der Zentralbildungsausschuß, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, die Oktobernummer der „Arbeiterbildung“, die ausreichend Material enthält, mit dem die Revolutionsfeier zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltet werden kann. Sie besonders geeignet für eine Bühnenveranstaltung empfiehlt sich am 9. November die Aufzählung des „Aufbruch“ von E. M. Müller, das mit einfachen Mitteln stärkste Eindrücke hervorruft. Es ist von den Parteibuchhandlungen zu beziehen, 10 Hefte berechtigen zur Aufzählung. Wegen der Referenten usw. müssen sich die Parteibereine mit den Parteisekretären der Unterbezirke verständigen.

Bezirksbildungsausschuß der S. P. D. Magdeburg,
Große Münzstraße 3.

Lebensstatistik in der Provinz.

Seit 2 Jahren wird eine fortlaufende amtliche Erhebung über die Kosten der Lebenshaltung vorgenommen. Sie legt ihren Berechnungen einen nach Art und Menge genau umschriebenen Kreis wichtiger Lebensmittel (Normalration) für eine aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehende Familie zugrunde. Außer Lebensmitteln werden die für Heiz- und Leuchtstoffe erforderlichen Kosten und der monatliche Mietpreis für eine Wohnung mit zwei Zimmern und Küche in die Rechnung eingerechnet. Die so gefundene Lebenszahl bezeichnet den Kostenbetrag, der für die erwähnten Lebensbedürfnisse monatlich aufzubringen ist. Sie kann aber trotzdem nicht als Maßgabe für den Mindestlebensaufwand, als Existenzminimum, angesehen werden, da die Ausgaben für wichtige andere Lebensbedürfnisse (vor allem Kleidung usw.) von den Lebenserhebungen nicht erfaßt werden. Die Lebenszahlen sind in der Hauptsache Maßstäbe, die einen Überblick über die Entwicklung und die Verschärftheit der Teuerung in den einzelnen Orten gestatten.

Nach den neuesten Feststellungen erhöhte sich jene Lebenszahl von Februar 1920 bis Juli 1921 in Magdeburg von 524 auf 899, in Halle von 604 auf 869, in Erfurt von 574 auf 935. Für andere Städte erhöhten sich die Zahlen wie folgt: Wiesbaden von 564 auf 1021, Halberstadt von 639 auf 881, Quedlinburg von 484 auf 911, in Staßfurt von 625 auf 881, in Gisleben von 616 auf 902, in Naumburg von 636 auf 902, in Weimarsiedlung von 668 auf 977, in Zeitz von 547 auf 909, in Stenbal von 513 auf 964, in Wernigerode von 522 auf 858, in Halbe von 601 auf 937, in Salzweil von 483 auf 922, in Dittfeld von 650 auf 914, in Merseburg von 614 auf 890 usw. In der gleichen Zeit ist in Berlin die Lebenszahl von 648 auf 999 gestiegen, in München von 562 auf 913, in Breslau von 580 auf 896, in Dresden von 605 auf 931 und in Leipzig von 602 auf 879.

Die Differenz zeigt, daß die Teuerung in den mittleren Städten genau so groß ist wie in den Großstädten und daß die Zurücksetzung der ersten in der Ortsklasseneinteilung mit den wesentlich niedrigeren Lebenszahlen zu den Gehältern und Löhnen der Beamten usw. ungerechtfertigt ist. Von Anfang des Jahres 1920 bis Mitte 1921 hat beinahe eine Verdoppelung der Lebenshaltungskosten stattgefunden. Die neue Lebenszahl weist im August ein; seit dieser Zeit ist wieder alles im Preise gestiegen. Konnte man im Juli 1921 den Mindestlebensbedarf einer fünfköpfigen Familie auf 1200 bis 1400 Mark monatlich schätzen, so müssen jetzt noch 30 b. G. dazugeschlagen werden, das sind 1500 bis 1820 Mark im Monat.

Parteinachrichten.

Groß-Ottersleben. Sozialdemokratischer Verein. Montag den 10. Oktober, 10.30 Uhr. Mitgliederversammlung in den „Sanitätskassen“. Bericht v. Parteitag.

Kreis Wanzleben.

Dobendorf, 8. Oktober. (Gemeindefreireter-Sitzung.) Um der überhandnehmenden Wohnungsnot abzuhelfen, wurde beschlossen, ein Haus mit sechs Wohnungen zu bauen; und zwar so bald als möglich, da die Baukosten immer höher werden. Die Besoldungsfrage für die Angestellten in der Gemeinde wurde geregelt. Bei der Besprechung über die Verpackung oder Herausgabe von Altes konnte noch keine Einigung erzielt werden, die Sache wurde zurückgestellt. — In der Parteiverammlung wurden verschiedene Fragen von Genossen Jato zu Aussprache gestellt. Für die am 9. November stattfindende Revolutionsfeier wurde ein Ausschuß gewählt. Der Beschluß des Görtzler Parteitags wurde eingehend

erörtert. Sämtliche Genossen erklärten sich mit dem Koalitionsbeschluß einverstanden, wenn die Deutsche Volkspartei unsere Mindestforderungen zustimmt. Der Vorsitzende forderte die Genossen zu eifriger Werbetätigkeit für die Partei auf, vor allem bei den Frauen. —

Kreis Zerchow 1 und 2.

Burg, 10. Oktober. (Vollversammlung der Parteimitglieder.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der Opfer der Katastrophe von Oppau. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß zur Bänderung der Notlage der Hinterbliebenen eine Sammlung in den Betrieben durchgeführt wird, und forderte zu reger Sammel-tätigkeit auf. Eine Eingabe von Schube des deutschen Lebens gegen Lebensverdrängung und Berechtigung von Siebungsland soll in den Betrieben zirkulieren und durch Unterschriften unterstützt werden. Gewerkschaftssekretär Steinke (Magdeburg) hielt darauf einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage“. Ausgehend von der Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industrienstaat in der Vorkriegszeit, schilderte er die Notwendigkeit, Lebensmittel zur Ernährung der Industriearbeiter einzuführen. Der Zustand, nur auf die einheimische Produktion angewiesen zu sein, läßt sich auf die Dauer ohne Schäden für das Volk nicht aufrechterhalten. Durch den Krieg und die Vernichtung großer Teile des Volksvermögens sind wir in Deutschland verarmt und unsere Zahlungsmittel so tief im Werte gesunken, daß wir auf die Dauer damit im Ausland nicht kaufen können. Der Redner schilderte das Valtacalend und die Weltwirtschaftslage. Ein Ausweg für Deutschland sei nur möglich durch eine vernünftige Steuerpolitik, beeinflusst durch eine geschlossene Arbeiterschaft. Das Endziel aller gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft kann nur in ruhiger, stetiger Entwicklung erreicht, vor überstürzten, gewaltsamen Eingriffen in das Wirtschaftsleben muß gewartet werden. Das Beispiel Rußlands zeigt, daß wir ohne genügende Vorbereitung nicht an eine Durchführung der Sozialisierung gehen sollen. Notwendig ist die Aufklärung über die Zusammenhänge und Notwendigkeiten im Wirtschaftsleben. Deshalb sollen vor allem die Betriebsvertretungen, als die Vertreter der Arbeit- genossen, jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, ihr Wissen zu erweitern zum Nutzen der Arbeiterschaft. Nachdem dann über Fragen der Praxis und über die Neurologie der Weiräge und Leistungen in der Invalidenversicherung Aufklärung gegeben war, wies der Vorsitzende auf das am 17. Oktober beginnende Wintersemester der Volkshochschule hin. Eine rege Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder an den für sie nützlichen Vortragsreihen ist notwendig; Eingebungen werden an den bekannten Stellen und im Arbeiterreferatariat entgegengenommen. — Eine Parteifunktionärprüfung findet am Dienstag abend 8 Uhr in der Aula der Mädchenhochschule, Kapellenstraße, statt. Die Sitzung ist äußerst wichtig und muß von allen Funktionären besucht werden. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Ausleben, 10. Oktober. (Eine Mitgliederber- sam- lung) des Sozialdemokratischen Vereins fand im Lokal von Hofmeister statt. Die Parteimitglieder werden eine Karte „Für unsere Jugend“ mit verkaufen. Die Parteigenossen sollen regen Gebrauch davon machen. Der Vorsitzende beklagte, daß noch viel zuviel bürgerliche Zeitungen am Orte gelesen werden und er- suchte die Genossen, bei jeder Gelegenheit für unsere Presse zu werden. Um die Frauen aufzuklären und zu gewinnen, sollen im Winter Frauenabende abgehalten werden. Die neugegründete Bibliothek wurde vom Vorsitzenden als eröffnet erklärt. Die Aus- gabe der Bücher erfolgt beim Genossen Winter zu jeder Zeit. Der Preis beträgt für eine Woche 25 Pf., für jede weitere Woche auch 25 Pf., bis zur Abschlußdauer von 4 Wochen. Sollten Parteigenossen im Besitz von schon gelesenen guten Büchern oder Werken sein, die sie vielleicht unserer Bibliothek schenken wollen, so werden sie mit Dank angenommen. Die Parteikonferenz am 16. Oktober in Wipke soll zahlreich besucht werden. Die Revolutionsfeier soll auch in diesem Jahre würdig begangen werden. Mit den Görtzler Beschlüssen erklärte man sich im all- gemeinen einverstanden. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, mit unserm neuen Parteiprogramm auch weiter für unsere Partei zu wirken und für die Presse zu werben, wurde die Versammlung geschlossen. — Eine Kaderinteressenten-Versam- lung nahm Stellung zu dem ungewöhnlich hohen Paßpreis, den der Pastor für seinen Altes forderte. Die Versammlung war der Ansicht, daß 230 Mark Paß für den Morgen hinreichend wäre und vereinbarte dann auch dieses mit dem Pastor. — Ge- meindefreireter-Sitzungen. Der Vorschlag für das Etatsjahr 1921/22 wurde genehmigt. Die Grundsteuer wurde auf 1200, die Gebäude-, Betriebs- und Gewerbesteuer auf 500 Prozent erhöht. Die Viehsteuer aus dem Dorfe wurde dem Fuhrmann Himmelbach übertragen auf seinen eignen Antrag. Es wurde beschlossen, noch mehrere Schulbänke für die erste Schulklasse anzufertigen zu lassen, weil die Probebänke gut aus- gefallen ist. Ferner wurde die Vermögenssteuer genehmigt. Für Ausbesserung von leerstehenden Wohnungen zur Linderung der Wohnungsnot wurden 1000 Mark bewilligt. Ueberhaupt ist die Wohnungsnot groß. Da ist es geradezu ein Schicksal, wenn immer noch Willen und Häuser von Landwirten leer stehen, die

schon vor 10 Jahren erbaut und immer noch nicht bezogen sind, während der Gemeindefreireter nicht weiß, wo er die jungber- heirateten Leute, die dauernd Wohnungen suchen, unterbringen soll. Wir können es deshalb begrüßen, wenn der Gemeindefreireter mit aller Schärfe gegen die Inhaber von solchen Wohnungen vorgehen will, und die Wohnungen beschlagnahmen läßt. Der Gänseanger wird durch Zunahme von Altes vergrößert und soll nun den Sportvereinen als Spielplatz dienen. Dann wurde noch die Wasserleitungsfrage erörtert und kleinere Angelegenheiten erledigt. —

Gislleben, 8. Oktober. (Die gemeinsame Mit- glieder-Versammlung) der Ortsgruppen Gislleben, Ummendorf und Wormsdorf nahm den Bericht des Genossen Bernid vom Parteitag entgegen. In der Aussprache bedauerte Genosse Bullert, daß die Sozialdemokratische Partei nicht in der preussischen Regierung vertreten ist. Die Beamten der Eisen- bahn werden zum Teil von den reaktionären Regierungsräten genau so behandelt, wie im alten Obrigkeitsstaat. Die Beschlüsse von Görtz sind anzuerkennen. Ohne Widerspruch wurden die Arbeiten des Parteitags gutgeheißen. Der Abhaltung des Kreis- parteifestes am 21. Mai nächsten Jahres in Neuhaldensleben wurde zugestimmt. Die Beschlüsse des Bezirksvorstandes wurden vom Genossen Bernid eingehend erörtert. Für die Weiter- bildung der Funktionäre in allen Ortsbereinen unter Einzu- ziehung der Jugend und Frauen sollen die Sekretäre mitwirken. Die Beitragsverhöhung ist eine zwingende Notwendigkeit. 20 Prozent der Beiträge verbleiben für die Ortskassen. Der Massenbestand in den Lokalkassen des Kreises hatte sich im letzten Vierteljahr um 2000 Mark vermindert. Die Ortskassen kamen bei den steigenden Ausgaben nicht mehr aus, noch mehr stei- gerten sich diese Ausgaben aber in der Bezirksklasse. Die Aus- sprache war lebhaft. Die Genossen Rudenbort, Bullert, Silber- borch aus Gislleben und Schumann aus Ummendorf stellten die Notwendigkeit der Beitragsverhöhung fest. Wenn alle notwen- digen Aufgaben, die von der Partei geplant sind, durchgeführt werden sollen, dann dürfen die Parteigenossen keine Opfer scheuen. Im Schlußwort ging Genosse Bernid auf alle An- regungen ein und stellte mit Freude fest, daß alle Redner von dem Geiste durchdrungen sind, die Partei zu fördern. In nächster Zeit wird eine Frauenversammlung und ein Beamtentag stattfinden, wozu schon jetzt agitiert werden soll.

Neuhaldensleben, 10. Oktober. (Sozialdemokrati- scher Verein.) In der gut besuchten Mitgliederber- sammlung erstattete Genosse Bernid den Bericht vom Parteitag. Es ist fruchtbare Arbeit geleistet worden, die der Partei zum Segen gereichen wird. Alle Delegierten haben das Beste für die Partei gemollt. In der Aussprache meinte Genosse Karl Matthies, daß die Parteitagbeschlüsse richtunggebend für die Zukunft sind. Pflicht aller Parteigenossen ist es, nun durch eifrige Kleinarbeit dafür zu sorgen, daß unsere Ideen immer mehr in den Massen Fuß fassen. Genosse Bernid begründete dann die Notwendigkeit einer Beitragsverhöhung. Das Bildungs- wesen soll verbessert werden. Es soll auch versucht werden, überall die Schulen für Versammlungszwecke frei zu bekommen. Ueber die Beitragsverhöhung sprachen die Genossen Otto Müller, Fritz Müller und Kreuz, welche für eine Beitragsverhöhung ein- traten. Bei der Geldentwertung und den erhöhten Anfor- dungen an die Partei werden die Parteigenossen allgemein die Notwendigkeit der vermehrten Beitragsleistung einsehen, so daß eine Abnahme an Mitgliedern nicht eintreten wird. Wir müssen Opfer bringen, wenn es vorwärts gehen soll. Bürgermeister Genosse Müller befürwortete dann die Einweisung unfer- instand gesetzten Parteilokals, das in Form eines gemüthlichen Beisammenseins, bestehend in Gesangsvorträgen mit nach- folgendem Tanzkränzchen, stattfinden soll. Der Verleumdungs- selbzeug gegen den Genossen Matthies wurde besprochen. Genosse Feldmann wünschte, daß die Parteigenossen das ge- sellige Leben mehr pflegen müssen, um sich gegenseitig kennen- zulernen. Ihm wurde der Vorstoß des Bildungsausschusses über- tragen und noch acht Genossen hinzugewählt. Genosse Feldmann entwickelte dann seine Absichten, wie im Winter die Bildungs- arbeit gestaltet werden soll. Erst nach Mitternacht wurde die interessante Versammlung geschlossen. —

Kreis Kalbe.

Frohse, 10. Oktober. (Vollversammlung der S. P. D.) Ein Schreiben des Arbeiter-Samariterbundes um rege Beteiligung an seinen Bestrebungen wurde verlesen. Wer Zeit und Lust dazu hat, sollte dem Verein beitreten. In Ermang- lung eines Referenten sprachen die Genossen Lange und Häfner über die Beschlüsse von Görtz. Während Lange sich dafür erwarman konnte und die Koalitionsfähigkeit der Deutschen Volkspartei nicht angezweifelte, wies die Auffassung des Genossen Häfner davon stark ab. Genosse Nolle gab die Stationsabrechnung, die wie immer in Ordnung war. Den Gemeinderatsbericht gab Genosse Häfner. Dann sprach Genosse Lange über die hebs- schichtigste Speisung der unterernährten Kinder unserer Gemeinde durch die Freunde aus America. Die Vorarbeiten hofft man zu (Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Faberei Dallgow Schwibbogen 1, Kronprinzenstr., Hassel- bachplatz, Lübecker Straße 25a und 26 reinigt und färbt schnell, billig und gut.

Der Bräutigam.

Geschichte eines häßlichen Mädchens.

Von Hermann Sendebach.

(16. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Es sind zu dieser Stunde erst wenige Gäste im Café. Gleich zur rechten Seite steht sie auch an ein Tischchen, von wo sie den Eingang im Auge hat und den Raum übersehen kann. Sie bestellt sich Kaffee. Sie ist ein wenig verlegen, ein wenig bekommen.

Es ist noch früh. Sie wird warten müssen. Aber schon jetzt bei jedem Öffnen der Tür fliegt ängstlich ihr Blick zum Eingang und jäheller schlägt ihr das Herz.

„Ach nein! Wie töricht! Er kann ja noch gar nicht kommen. Unmöglich. Er sitzt noch im Zuge. Was wird er wohl denken? Er denkt an sie, die jetzt hier sitzt an diesem Tischchen und auf ihn wartet auf ihren Geliebten, auf ihren Bräutigam. In Sekunden, wo es ihr ganz zum Bewußtsein kommt, was ihr bevorsteht, erbebt sie tief. Wird sie ihm auch gefallen? Wird er sie lieben? — Und er? Wie wird sein Ge- sicht sein, seine Gestalt? — O, sie wird ihn lieben! — Wie er auch sei. Sie wird ihn lieben!“

Jetzt fährt er ab von der letzten Station, jetzt erreicht er die Stadt, jetzt kraucht der Zug in die Halle. — Und jetzt — jetzt entkommen die Leute den Wagen — er! — jetzt verläßt er den Bahnhof, jetzt kommt er die Kaiserstraße entlang. . . Ihr Blick hängt ängstlich an der Tür, die jetzt in immer kürzern Abständen sich öffnet. Die Abendgäste strömen herein. Doch — wer ist dies? O Gott! Unmöglich! — Annette! —

Maria! Sie sind es, gefolgt von zwei jungen Herren. Sie grüßen und lächeln Beata sehr freundlich zu.

Beata dankt und erwidert tief. — Ach nein! Das hätten sie nicht tun sollen.

Sie fletzen sich nicht sehr weit entfernt an ein andres Tischchen. Sie plaudern und lachen. Manchmal blickt jemand herüber. Sie werden doch nicht — Nein, nein! Dies tun sie nicht. Das kann nicht sein. Nur neugierig sind sie. Oder war es überhaupt nur Zufall? Trugen nur ihre Begleiter die Schuld? — Sie hätten ablehnen sollen! Sie wußten es doch, daß sie hier sei und daß es ihr peinlich sein müßte. . . Ach, das hätten sie nicht tun sollen!

Sie fühlt sich jetzt ganz bekommen und ängstlich. Er müßte schon da sein. Hat er den Zug verpaßt? War etwas dazwischen gekommen? — Oder findet er nicht das Café?

Da tritt einer herein, sie hat ihn noch kaum gesehen, da erbebt sie, da weiß sie, daß er es ist.

Sie möchte aufspringen, ihre Hände entgegenstrecken — sie zittert, sie blickt nur starr und groß zu ihm hin.

Sie hatte sich ihm vielleicht anders vorgestellt, das weiß sie nicht mehr, sie weiß nur, daß er es ist — und daß er jetzt auf sie zutreten wird, ihr die Hände reichen und zu ihr sprechen.

Er steht an der Tür, im dunkeln Mantel, verzogen von etwas schiefen Schultern, er hält den schwarzen Hut in der Rechten, ein Regenstirn hängt ihm am linken Arm. Ein wenig verlegen und ratlos blickt er im Raum umher. Jetzt tritt sein Blick Beata — o, wie schlägt ihr das Herz! — Sein Blick beruht, er macht eine kleine Bewegung — zögert — sein Blick huscht weiter. — Er schreitet unpaß- und langsam tiefer hinein ins Café.

Ein Kellner lurcht schlank, verneigt sich ein wenig und deutet mit leichter Handbewegung nach einem leeren Tischchen. „Wollen Sie hier vielleicht Platz nehmen, bitte?“

„Ach nein! — Ich suche nämlich jemand — jemand mit einer Kofe.“

„Ach ja!“ Der Kellner lächelt unmerklich und ist geschäftig schon fern. Der andre schreitet langsam weiter.

Die Mädchen drüben und ihre Begleiter flüstern und sehen ihm nach.

Beata sitzt wie erstorben und folgt ihm starr mit erlöschendem Blick.

Jetzt steigt er die wenigen Stufen entpor zum obern Raum. Er blickt sich um, scheint nicht zu finden. Man wird aufmerksam im Café, sieht nach ihm hin, neugierig und spöttlich.

Jetzt wendet er sich, enttäuscht und ratlos. Er zögert und blickt in den untern Raum. Jetzt kommt er langsam zurück, tritt zögernd auf Beata zu. Sie glaubt zu sterben.

„Verzeihung, Fräulein! — Ich suche nämlich jemand. Sie haben eine rote Kofe — ich weiß nicht — ich will jemand treffen.“

Sie stammelt leise: „Ach ja, Sie sind — ich bin es — ich habe gewartet.“

„Ach ja — Sie sind es — habe doch schon gedacht — ich war nicht ganz sicher!“

Er reicht ihr die heiße Hand. Dann steht er vor ihr, unentschlossen, mit dummem Blick. Sucht irgendein Wort, das er nicht zu finden vermag. In seinem Gesicht steht unerbittliche grenzenlose Enttäuschung.

(Schluß folgt.)

Politische Verhezung.

Trotz aller Schärfe, mit denen die politischen Tageskämpfe bisher ausgetragen wurden, trotz aller Erbitterung, mit welcher die Parteigänger sich gegenüberstehen, auf einem Gebiet ist der politische Kampf verhältnismäßig einflusslos geblieben: in der Sportwelt.

Wir geben uns keinen Illusionen hin, wir glauben nicht an „politische Neutralität“ in der Sportbewegung. Aber wir sind der Meinung, daß es eine Gefahr für die gesamte Sportbewegung bildet, wenn versucht wird, die Sportvereine als solche für die Zwecke einer bestimmten Partei zu mißbrauchen.

In Magdeburg war das Verhältnis zwischen den Arbeiterportierern und den bürgerlichen durchaus erträglich, auf manchen Gebieten — wir erinnern an den Kampf um das Hallenbad — wurde aus den Fäden, die herüber und hinüber liefen, ein Tau geknüpft, an dem gemeinsam mit allen Kräften gezogen wurde.

Wir haben über die Erörterungen in der bürgerlichen Sportbewegung berichtet, die sich gegen einen Mißbrauch der Vereine zu reaktionären Zwecken wehren. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben in diesem Zusammenhang von Terror der Arbeiterportierer und behaupteten, eine Schlägerei auf einem bürgerlichen Sportplatz sei ein Ausfluß dieses Terrors.

Der Polizeipräsident von Magdeburg hatte, um die Frage zu klären und eventuelle Schutzmaßnahmen treffen zu können, die Vertreter aus beiden Sportlagern und die Sportredakteure zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen. Von dem Vorsitzenden des Vereins, auf dessen Platte die Schlägerei stattgefunden hatte, wurde die Behauptung, daß es sich um eine politische Sache handelt, scharf zurückgewiesen.

Die Arbeiterportierer erklärten zum Schluß, daß sie für ihre politische Betätigung den Schutz der Vereine nicht benötigen, die bürgerlichen Vereine wünschen ihn in der gleichen Weise, wie er schon bisher auf Anfordern gewährt wurde.

Das Ergebnis der Sitzung sollte in einem Schlußwort der Polizeipräsident dahin zusammenfassen, daß die Streitigkeiten in den bürgerlichen Vereinen nicht auf Heiberereien der Arbeiterportierer zurückzuführen werden können, daß es höchst bedauerlich und leichtfertig war, solche Behauptungen aufzustellen und von politischem Terror zu reden.

Die Arbeiterportierer erklärten zum Schluß, daß sie für ihre politische Betätigung den Schutz der Vereine nicht benötigen, die bürgerlichen Vereine wünschen ihn in der gleichen Weise, wie er schon bisher auf Anfordern gewährt wurde.

Eurnen.

Turnverein Fichte (Abteilung Wilhelmstadt) veranstaltet am Freitag den 14. Oktober im „Luisenpark“ ein Schauturnen zur Sedung des Kinderturnens. Schüler und Schülerinnen der Abteilung werden den Abend durch verschiedene Vorführungen ausfüllen.

Fußball.

Sportfreunde I gegen Bennedebes I (0:3 - 0:1). Mit dem Anstoß von Sportfreunde beginnt ein scharfer Kampf. In frühem Tempo geht es auf und ab. In der Aufregung werden manche gute Sachen ausgelassen.

Sportlichem Benehmen hinreichend. Der Schiedsrichter verweist darauf kurz hinter einander zwei Mann vom Spielfeld. Bennedebes erzielt den dritten Erfolg durch schönen Schuß. Gleich darauf muß der dritte Mann von Sportfreunde wegen unfairen Spielens das Feld verlassen.

Sportvereinigung I gegen Turner Burg I (2:2 - 1:1). Das fällige Gartenfest begann mit dem Anstoß der Platzleute. Die Turner spielen eifrig und sind immer am Ball. In der 13. Minute gelingt es ihnen, aus einer Ecke heraus in Führung zu gehen.

Rein für Bewegungsspiele Magdeburg I gegen Bürger Ballspielklub I (1:4 - 1:6). B. f. B. hat Anstoß und muß gleich den Ball an B. f. B. abgeben, der ein äußerst flottes Zusammenstoßspiel zeigt. Anfangs ist Spiel B. f. B. nur mit sehr Mann, doch auch nach Eintreten der ersten Spieler ändert sich das Bild nicht.

Rein für Bewegungsspiele Magdeburg I gegen Bürger Ballspielklub I (1:4 - 1:6). B. f. B. hat Anstoß und muß gleich den Ball an B. f. B. abgeben, der ein äußerst flottes Zusammenstoßspiel zeigt. Anfangs ist Spiel B. f. B. nur mit sehr Mann, doch auch nach Eintreten der ersten Spieler ändert sich das Bild nicht.

Rein für Bewegungsspiele Magdeburg I gegen Bürger Ballspielklub I (1:4 - 1:6). B. f. B. hat Anstoß und muß gleich den Ball an B. f. B. abgeben, der ein äußerst flottes Zusammenstoßspiel zeigt. Anfangs ist Spiel B. f. B. nur mit sehr Mann, doch auch nach Eintreten der ersten Spieler ändert sich das Bild nicht.

Rein für Bewegungsspiele Magdeburg I gegen Bürger Ballspielklub I (1:4 - 1:6). B. f. B. hat Anstoß und muß gleich den Ball an B. f. B. abgeben, der ein äußerst flottes Zusammenstoßspiel zeigt. Anfangs ist Spiel B. f. B. nur mit sehr Mann, doch auch nach Eintreten der ersten Spieler ändert sich das Bild nicht.

Rein für Bewegungsspiele Magdeburg I gegen Bürger Ballspielklub I (1:4 - 1:6). B. f. B. hat Anstoß und muß gleich den Ball an B. f. B. abgeben, der ein äußerst flottes Zusammenstoßspiel zeigt. Anfangs ist Spiel B. f. B. nur mit sehr Mann, doch auch nach Eintreten der ersten Spieler ändert sich das Bild nicht.

Rein für Bewegungsspiele Magdeburg I gegen Bürger Ballspielklub I (1:4 - 1:6). B. f. B. hat Anstoß und muß gleich den Ball an B. f. B. abgeben, der ein äußerst flottes Zusammenstoßspiel zeigt. Anfangs ist Spiel B. f. B. nur mit sehr Mann, doch auch nach Eintreten der ersten Spieler ändert sich das Bild nicht.

ins Aus liefen. In der 36. Minute kann der Mittelfürmer nach gutem Durchbruch das zweite Tor treten, dem nach 4 Minuten das dritte durch der Halbrechten angereicht wird. Nach 4 Minuten kann Viktoria zum viertenmal einsehen, so daß mit dem Resultat 4:0 für Viktoria die Beiden gewechselt werden.

Sahn Groß-Ottersleben I gegen Eintracht Lemsdorf I (1:0 - 1:0). Anstoß und der Ball ist in Eintracht. Ein hoher Schuß von 30 Metern hatte Jahn den Sieg gebracht. Der Eintracht-Sportwart hatte leichtsinnig vom Tore gestanden.

Rein-Ottersleben I gegen Turner Sülzdorf I (3:0 - 2:0). Sülzdorf hat Anstoß, wird jedoch der Ball los. Rein-Ottersleben drückt und scharf Sülzdorf vollständig ein. Gute Sachen werden daneben getroffen.

Weitere Resultate. Bürger Ballspielklub III gegen Vorwärts Sudentburg II (1:1). Bürger Ballspielklub IV gegen Sportklub IV (1:2). Bürger Ballspielklub Jugendl gegen Turner Burg Jugendl (4:0).

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Seyditzberge veranstaltete am 9. Oktober ein Straßenrennen nach Gembin. Die Strecke betrug 88 Kilometer. Dem schönen Wetter entsprechend waren die Resultate recht gut.

Wassersport. Die Kohlenbefeuerung der Hallenbäder wird nach einer solchen ergebnissen Verfügen des Reichsobjekt-Kommissars wie bisher durch die Gemeinden aus den Hausbrandbeständen erfolgen.

Arbeiter-Samariter. Sülzdorf. Kurzeitnehmer und Mitglieder jeden Mittwoch pünktlich 1/8 Uhr abends in der Schule zu Westfälischer Unterricht.

Aus dem bürgerlichen Sportlager. Viktoria 96 gegen Sport- und Spielvereinigung 1:1 - 0:1. Die Vereinigten die in veränderter Aufstellung antreten, liegen sofort im Angriff, wobei ihre Innenlinie gute Leistungen zeigt.

Krieger-Viktoria (Eiga) gegen Viktoria Stendal (Eiga) 3:0 - 1:0. Die nicht allzu große Zahl Zuschauer, die nach dem letzten Ergebnisse der Stendaler einen interessanten Kampf zu sehen glaubten, wurden nicht enttäuscht.

Halberstadt. Germania Halberstadt (Eiga) gegen 1900 Magdeburg (Eiga) 0:0.

Advertisement for 'Ruban' cigarettes, featuring a woman in a hat and the text 'Aus edelsten Orienttabaken' and 'Zigaretten'.

Advertisement for 'Spezial-Sport-Geschäft' and 'Hugobohle', featuring an illustration of a runner and the address 'Johannisbergstraße 2'.

Advertisement for 'Lavalin' shoes, featuring an illustration of a man in a suit and the text 'Das Interesse für blanke Stiefel haben alle...'.

Advertisement for 'Photoapparate' and 'Grammophon', listing various models and prices.

Advertisement for 'Hugobohle' shoes, featuring the name 'Hugobohle' and the address 'Johannisbergstraße 2'.

Advertisement for 'Läuse' (lice) treatment, featuring the text 'In 1/2 Stunde' and 'Garantie'.

